

Johannes Merz

Unterfranken

Grundzüge der Geschichte in Mittelalter und Neuzeit

*Textwiedergabe aus der illustrierten Druckfassung,
hg. von der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank
in Verbindung mit dem Bezirk Unterfranken
(mit originaler Seitenzählung)*

Inhalt

Was ist Franken? - Was ist Unterfranken?

Germanische Besiedlung und Eingliederung ins Frankenreich

Mainfranken im Karolingerreich

Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse im Früh- und Hochmittelalter

Herzogtum ohne Herzog?

Gesellschaftliche Gruppen im Spätmittelalter:

Adel, Bürger, Bauern, Kirche und Klerus, Juden

Herrschaftsbildung im Umbruch vom Mittelalter zur Neuzeit

Konfessionelles Zeitalter

Die Landesstaaten der Barock- und Aufklärungszeit

Säkularisation und Eingliederung ins Königreich Bayern

Mühevoller Strukturwandel

Unterfranken als Teil Bayerns und Deutschlands

Was ist Franken? - Was ist Unterfranken?

"Franken reicht so weit der Wein wächst". So lautet einer von vielen Definitionsversuchen, und er kann schon deshalb nicht ganz falsch sein, weil er auf das Lebenselixier der Franken, den Wein, verweist. Auf die Topographie übertragen, würde das heißen, das Frankenland bestehe aus den Einzugsbereichen der Flüsse Main, Tauber, Aisch und Fränkischer Saale mit ihren fruchtbaren Rebhängen. Andere lassen Franken in ähnlicher Weise von Bergen und Hügeln begrenzt sein, von Thüringer Wald, Frankenstein, Fränkischer Alb, Hohenloher Ebene, Odenwald, Spessart und Rhön. Doch genaue Grenzen lassen sich weder für Geschichte noch Gegenwart benennen: Auch heute gibt es neben den drei bayerischen Regierungsbezirken Ober-, Mittel- und Unterfranken noch das Badische Franken im nördlichen Baden-Württemberg, und die Zuweisung Eichstatts zum Regierungsbezirk Oberbayern entspringt wohl eher administrativen als historischen Gründen.

Einen Stamm der Franken, der das Gebiet um den Main ganz oder doch überwiegend besiedelte, hat es nicht gegeben. Verstand man unter "Ostfranken" in der Karolingerzeit das von den Franken unmittelbar kontrollierte Gebiet an Rhein und Main oder gar das ganze Frankenreich östlich des Rheins, so blieb der Name schon bald am Maingebiet östlich des Spessart haften. Mit der Gründung des Bistums Bamberg 1007 begann die Ausgrenzung eines eigenständigen Obermaingebietes, das immer seltener zu Franken gerechnet wurde. Ebenso nahm die Bindung des Landes südlich der Aisch an Franken ab. Im Spätmittelalter war "Franken" somit wesentlich auf den Mittellauf des Mains mit seinen Zuflüssen eingengt und auf die alte Bischofsstadt Würzburg konzentriert.

Erst die Verwaltungsreformen unter König Maximilian I. seit 1500 definierten einen - 1522 erstmals so benannten - "Fränkischen Kreis", der die Herrschaftsgebiete der Bischöfe von Würzburg, Bamberg und Eichstätt, der Markgrafen von Ansbach und Bayreuth, des Deutschen Ordens mit dem Sitz in (Bad) Mergentheim, einer Reihe von Grafen und Herren sowie der Reichsstädte Nürnberg, Rothenburg o.T., Schweinfurt, Windsheim und Weißenburg umfaßte. Über drei Jahrhunderte prägte dieses Gebilde die Identität seiner Bewohner, und als es infolge der Säkularisation (1802-1819) fast geschlossen an Bayern gefallen war, war es schließlich König Ludwig I., der 1838 die historisierenden Namen Ober-, Mittel- und Unterfranken einführte. Unterfranken erhielt den Zusatz "und Aschaffenburg", denn dieses westlich des Spessart gelegene Gebiet hatte nicht zum Fränkischen Kreis gehört.

Ganz verschiedenartige Traditionslinien sind in den drei "fränkischen" Regierungsbezirken am Werk. Man denke nur an die Gegensätze zwischen den beschaulichen Bischofsstädten Würzburg und Bamberg auf der einen und der Wirtschaftsmetropole und Reichsstadt Nürnberg auf der anderen Seite, an die jahrhundertealten verschiedenartigen Prägungen im konfessionellen Bereich oder an die großen Unterschiede im nur von außen so einheitlich erscheinenden "fränkischen Dialekt". All dies läßt es schon erstaunlich erscheinen, daß es auch heute noch so etwas wie eine gesamtfränkische Identität gibt. Sie hat in der Nachkriegszeit Bemühungen um

ein eigenes "Bundesland Franken" befördert. Freilich hat sie ihre Grenzen; nicht umsonst wird gerne kolportiert: "Ober-, Mittel- und Unterfranken - kommen nur in München zusammen!"

Was also ist Unterfranken? - Es umfaßt den fränkischen Kernraum am Mittelmain um Würzburg, der allein in ungebrochener Kontinuität seit dem 8. Jahrhundert den fränkischen Namen trägt. Es schließt aber auch als einziger der bayerischen Regierungsbezirke mit dem Aschaffener Land ein Teilgebiet ein, das im frühen Mittelalter und dann wieder von den Humanisten als rheinfränkisch bezeichnet wurde. Damit bildet Unterfranken im Kleinen die ursprüngliche Einheit des Expansionsgebietes der Franken in der Merowingerzeit ab. Trotz aller wirtschaftlichen und sprachlichen Divergenzen zwischen den Gebieten westlich und östlich des Spessart hat dieses Unterfranken auch eine einheitliche Prägung erfahren: Sie ergab sich ganz maßgeblich durch eine über tausendjährige geistliche Herrschaft im größten Teil des heutigen Bezirks, die von den Mainzer Erzbischöfen im Aschaffener Land, von den Würzburger Bischöfen am Mittelmain und von den Fürstbischöfen (ab 1752 Fürstbischöfen) von Fulda an der Sinn und mittleren Saale ausgeübt wurde. Diese geistliche Herrschaft hat ihre Spuren nicht zuletzt in einer ausgeprägten Katholizität in Unterfranken hinterlassen, ganz maßgeblich befördert durch die in der Gegenreformationszeit erneuerten oder neu begründeten klösterlichen Niederlassungen. Sie hat aber auch dem Land ganz äußerlich ihren Stempel aufgedrückt. Man denke nur an die zahlreichen charakteristischen Kirchenbauten aus der Zeit des Würzburger Bischofs Julius Echter mit ihren sog. Juliustürmen oder an die geistlichen Residenzen des 17. und 18. Jahrhunderts in Würzburg, in Aschaffenburg oder im fuldischen Hammelburg.

Die Einheit und die Vielfalt Unterfrankens in seiner Entwicklung seit dem Frühmittelalter soll in den folgenden "Grundzügen" deutlich werden und zur weiteren Beschäftigung mit dem ganzen Reichtum seiner Geschichte beitragen.

Germanische Besiedlung und Eingliederung ins Frankenreich

Die vorgeschichtliche Besiedlung Unterfrankens war, soweit Bodenfunde dies überhaupt erkennen lassen, recht ungleichmäßig. Immerhin finden sich aus allen vorgeschichtlichen Epochen Spuren menschlicher Besiedlung, wobei hier unterschiedliche Einflußzonen aus West und Ost aufeinandertrafen. Seit der Jungsteinzeit (ab etwa 5000 v. Chr.) läßt sich eine sesshafte bäuerliche Siedlungsweise in den fruchtbaren Gäuflächen am Main erkennen. Seit der Urnenfelderzeit (ab ca. 1200 v. Chr.) und vor allem seit der Hallstattzeit (ca. 750-500 v. Chr.) erfolgte ein verstärkter Landesausbau, der insbesondere im Maindreieck zu einer recht dichten Besiedlung führte.

In der Latènezeit (ab 400 v. Chr.) erscheint auch der mainfränkische Raum von der verbreiteten keltische Kultur geprägt. Im Unterschied etwa zu Oberfranken fanden sich aber bisher keine Belege für die Existenz der typisch keltischen Höhenstädte. Die Besiedlung beschränkte sich offensichtlich auf zahlreiche Weiler und Einzelhöfe; wichtigste Wirtschaftsformen waren Getreideanbau und Haustierhaltung. Schon in dieser Zeit gab es Bezüge zum thüringischen Raum, aus dem dann im 1. Jahrhundert v. Chr. germanische Gruppen zuwanderten.

Auf den Einfluß der Römer in diesem Gebiet deuten nicht nur einzelne Bodenfunde, sondern auch ein Legionslager bei Marktbreit. Es weist darauf hin, daß Mainfranken in der Zeit des Augustus als Aufmarschgebiet ins Innere Germaniens diente. Am Untermain wurden schon im ersten nachchristlichen Jahrhundert Kastelle, z.B. bei Miltenberg, Obernburg und Stockstadt, angelegt. Der Unterlauf des Maines ab Miltenberg war in den römischen Limes einbezogen. In der Folgezeit wurde er immer mehr als Grenzraum sowie als Verkehrsweg aufgewertet. Bei aller Unsicherheit über die Zusammensetzung der Bevölkerung wird deutlich, daß das Untermaingebiet eher vom Mittelrhein her bestimmt und das übrige Unterfranken stärker mit den weiter östlich liegenden Regionen verbunden war.

Erst mit dem 6. nachchristlichen Jahrhundert lassen sich bestimmtere Aussagen zur Besiedlung und politischen Organisation des unterfränkischen Raumes treffen. Das Untermaingebiet als Teil der Alamannia und das Mittelmaingebiet als Teil des Thüringischen Königreiches kamen spätestens im zweiten Drittel des 6. Jahrhunderts unter die Herrschaft der Merowinger. Allerdings kann zumindest am Mittelmain ein dominierender fränkischer Bevölkerungsteil auch in der Folgezeit nicht festgestellt werden; nördlich des Mains sind künftig noch thüringische sowie teilweise slawische Bevölkerungseinflüsse ersichtlich.

Für die Zeit von der Mitte des 7. bis zum Beginn des 8. Jahrhunderts existierte ein halb unabhängiges thüringisch-fränkisches Herzogtum mit Würzburg als Zentrum; ansonsten unterstand das Maingebiet direkt und dauerhaft

dem fränkischen Königtum. Doch erst ab dem späten 8. Jahrhundert finden sich Zeugnisse für eine entsprechende Benennung des zuvor namenlosen Maingebietes als Teil des östlichen Frankenreiches.

Die hier ansässige Bevölkerung unterlag wohl schon vor der politischen Expansion dem kulturellen Einfluß der Franken, Im Zuge der Einbindung der Maingebiete in das Frankenreich wurde die fränkische Kultur auch hier bestimmend. Man kann dies etwa am Aufkommen der Reihengräber noch im 5. Jahrhundert am Untermain und dann im 6. Jahrhundert fortschreitend nach Osten bis zum Steigerwald erkennen, ebenso an der zunehmenden Zahl von -heim Orten in Verbindung mit Personennamen. Damit stand das Gebiet des heutigen Unterfranken auch unter dem Einfluß des Christentums, das die Franken in seiner katholischen Ausprägung übernommen hatten. Freilich kann von einer vollständigen Christianisierung in der Anfangszeit nicht die Rede sein; auch die Ausstrahlung des Bischofssitzes in Mainz auf das Untermaingebiet war relativ schwach.

Ein erster Vorstoß, den christlichen Glauben über die führenden Familien hinaus in der Bevölkerung insgesamt zu verankern und organisatorisch abzusichern, ist im späten 7. Jahrhundert greifbar. Nachdem der Missionsversuch des irischen Wandermissionars Kilian und seiner Gefährten wohl um 689 mit dem Martyrium geendet hatte, versuchte der würzburgische Herzog Heden II. kurz nach der Jahrhundertwende, mit Hilfe des hl. Willibrord und angelsächsischer Geistlicher aus seinem Gefolge, eine planmäßige Missionsarbeit aufzubauen. Doch ging diese zugleich mit dem Ende des würzburgischen Herzogtums nach 716 zugrunde. Dennoch gaben diese Aktivitäten zusammen mit einer Reihe von königlichen bzw. herzoglichen Kirchen des 7. Jahrhunderts eine ausreichende Voraussetzung für die nachfolgende Kirchenorganisation des hl. Bonifatius.

Mainfranken im Karolingerreich

Aufgrund der Unterstützung durch den karolingischen Hausmeier Karl Martell (714-741), der offenbar den würzburgischen Herzogs- und merowingischen Königsbesitz in seine Hände gebracht hatte, konnte Bonifatius 741/42 nach mehrjähriger Vorarbeit das Bistum Würzburg gründen. Dieses behauptete sich trotz der Konkurrenzansprüche der Diözese Mainz, die schon weit über den Spessart nach Osten reichte. Maßgeblich dafür war der reiche Besitz, mit dem es die Karolinger Karlmann (741-747), Pippin (741-768, ab 751/52 König) und Karl der Große (768-814), aber auch Angehörige der führenden Familien des Landes, ausstatteten. Am wichtigsten war die Übertragung der Kirchen von 25 Königshöfen und zahlreicher Einkünfte. Das neue Bistum war von Beginn an nicht auf seine geistlichen Aufgaben beschränkt, sondern übernahm sofort auch politische Funktionen bei der räumlichen Gliederung Mainfrankens für die Karolinger. Daneben sind die Würzburger Bischöfe auch außerhalb Frankens als treue Gefolgsleute der Karolinger erkennbar, sei es bei den Sachsenkriegen Karls des Großen, bei der Slawenmission im Obermaingebiet im späten 8. Jahrhundert oder in den Feldzügen gegen Böhmen in den 870er Jahren.

Neben dieser tendenziell eher flächenhaften Raumorganisation bedienten sich die Karolinger einer Reihe von Klöstern, um die gezielte Erschließung des überwiegend von Wald bedeckten Maingebietes voranzutreiben. An erster Stelle ist hier das Kloster Fulda zu nennen, ebenfalls von Bonifatius bzw. seinem Schüler Sturmius 744 gegründet. Zwar lag es nördlich der Rhön, doch gewann es seine außerordentliche Bedeutung für Mainfranken durch eine Flut von Schenkungen aus diesem Raum. Die bedeutendste kam dabei wiederum vom König, die Übereignung des Königsgutes Hammelburg an der Fränkischen Saale mit Urkunde vom 7.1.777. Zu den Gegenleistungen zählte auch hier die Unterstützung bei der Unterwerfung und Missionierung der Sachsen.

Ebenso erscheinen die Benediktinerabteien Neustadt am Main mit einem ausgedehnten Forstgebiet im Spessart und Amorbach im Odenwald im späten 8. Jahrhundert als königliche Klöster. Sie trieben den Landesausbau voran und stellten eine wichtige Basis für die Organisation Sachsens im 9. Jahrhundert dar; über längere Zeit waren sie durch gemeinsame Äbte eng miteinander verbunden, drei dieser Äbte fungierten gleichzeitig als erste Bischöfe des sächsischen Verden.

Neben ihrem eigentlichen, geistlichen Auftrag erfüllten die kirchlichen Institutionen zugleich die Funktion von Kulturträgern im Land: Die bedeutendsten Bauten waren Kirchen; das Würzburger Domkloster, das Kloster Fulda und seine Nebenkloster, vor allem Holzkirchen, zogen nicht nur den eigenen Nachwuchs heran, sondern stellten insgesamt ein Reservoir gebildeter Kleriker dar; neben Fulda konnte sich die Domschule in Würzburg mit einer umfassenden Bibliothek und einer Schreibschule als ein Zentrum der Gelehrsamkeit behaupten. Doch treten derartige Zeugnisse zurück gegenüber der großen Bedeutung

der Kirche für die politische Erschließung des heutigen Unterfranken im Dienst der Frankenherrscher.

Die Karolinger bedienten sich jedoch nicht nur der Hilfe der Kirche, sondern bauten auch ihre unmittelbar königlichen Positionen aus. Vor allem Karl der Große konnte sich in den Siedlungskonzentrationen des Mittelmaingebietes als größter Grundherr etablieren. Er festigte seine dominierende Rolle, als das Maingebiet für seine Pläne zur Unterwerfung der Sachsen an Bedeutung gewann, insbesondere durch die Gründung der Pfalz Salz (beim späteren Neustadt/Saale), wo er sich ab 790 mehrfach aufhielt. 839 wird die Funktion Aschaffenburgs als fränkischer Königshof, wichtige Station auf der Reichsstraße von Frankfurt nach Würzburg sowie als herrschaftliches Zentrum des umfangreichen Spessartforstes sichtbar.

Als Beauftragte des Königs fungierten Grafen; sie waren vornehmlich als Richter tätig, wachten aber z.B. ebenso über die Zolleinnahmen an Markorten und Flußübergängen. Sie stammten aus der Umgebung des Königs, gehörten überwiegend nicht dem mainfränkischen Adel an und konnten sich, auch wenn sie teilweise ihr Amt vererbten, nicht aus der Abhängigkeit vom König lösen.

Die dritte große Kraft in Mainfranken neben Königtum und Kirche war der Adel, der nicht nur z.B. als Graf im Königsdienst auftaucht, sondern eigenständig als Inhaber großer Grundherrschaften und als Klostergründer agierte. Zu den bekanntesten Familien zählten vom 8. bis zum 10. Jahrhundert die Mattonen mit umfangreichem Besitz in Mainfranken und am Rhein; sie gründeten die Klöster Einfirst, Wenkheim und Megingaudeshausen.

Obwohl vor allem für das späte 8. Jahrhundert Probleme bei der Integration des eingesessenen thüringisch-fränkischen Adels sichtbar werden, war die Königsherrschaft in Franken bis an die Wende zum 10. Jahrhundert nie grundsätzlich in Frage gestellt. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Familie der Popponen oder älteren Babenberger in enger Anlehnung an die karolingischen Herrscher als eines der mächtigsten Adelsgeschlechter in Ostfranken etabliert. Als sich 887 Arnulf von Kärnten als ostfränkischer König gegen Karl III. durchsetzte, begünstigte er seine Parteigänger, die in Hessen begüterten Konradiner, und verstärkte ihre Position in Mainfranken, nicht zuletzt durch die Besetzung des Bistums Würzburg mit dem Konradiner Rudolf 892. Die darauf einsetzende Fehde der Popponen und Konradiner führte zu großen Verwüstungen im Würzburger Bistumsgebiet und 906 zur vollständigen Niederlage der Popponen. Der Anführer der siegreichen Partei, Konrad, begann sich *dux* zu nennen und eine Führungsposition in Mainfranken aufzubauen. Doch gingen diese Ansätze, ein mainfränkisches Herzogtum zu begründen, mit der Wahl Konrads zum ostfränkischen König 911 wieder verloren - Mainfranken blieb auch im nun langsam entstehenden römisch-deutschen Reich unmittelbares Königsland.

Soziale und wirtschaftliche Verhältnisse im Früh- und Hochmittelalter

Über die Lebensbedingungen des größten Teils der Bevölkerung im frühen und hohen Mittelalter ist sehr wenig bekannt. Neben dem Adel konnten sich nur kleine Gruppen ihre persönliche Freiheit bis ins hohe Mittelalter erhalten; die meisten Menschen waren in Grundherrschaften eingebunden und standen in starker Abhängigkeit vom Grundherren, also dem König, einer kirchlichen Institution oder einem Adligen. Diese Abhängigkeit war sehr unterschiedlich und reichte vom völlig unfreien Gesinde auf dem Fronhof über den Frondienst leistenden Bauern bis hin zum Halbfreien, der nur seine Abgaben liefern mußte.

Obwohl vor allem die Klöster viele Rodungen anlegten, ging der Landesausbau in der Karolingerzeit relativ langsam voran, während von etwa 900 bis 1300 die Bevölkerung rasant anstieg. Dies führte dazu, daß sich die Siedlungen auf den Gäuflächen mehr als verdoppelten und daß zahlreiche neue Rodungen entstanden, insbesondere im Frankenwald und im Spessart. Um 1250 war die Anzahl der Siedlungen im Gäuland etwa um ein Sechstel höher als heute, freilich lebte darin auch nur etwa ein Sechstel der heutigen Bevölkerungszahl.

Dieser Umbruch in der Bevölkerungsentwicklung trug dazu bei, daß sich die Gesellschaftsstruktur nachhaltig veränderte. Die bisher nahezu ausschließliche Organisationsform der Grundherrschaft in Form von Fronhofsverbänden löste sich allmählich auf. An ihre Stelle trat das Dorf als ein eigener Rechtsbereich, der einerseits einer Herrschaft unterworfen war, jedoch andererseits den Bewohnern einen eigenständigen Freiraum bot. Solche Dörfer waren schon im frühen 13. Jahrhundert z.B. Veitshöchheim und Neunkirchen. Als eine mehrere Dörfer umfassende Organisationseinheit bildete sich aus frühmittelalterlicher Wurzel im 12. Jahrhundert die Zent aus; sie war zugleich Gerichtsverband und Zusammenschluß der wehrpflichtigen Bauern eines festumgrenzten Gebietes.

In den Altsiedelflächen überwog früh der Getreideanbau, im Hochmittelalter hatte sich die Dreifelderwirtschaft durchgesetzt. Vor allem in den Mittelgebirgen (Rhön, Spessart, Odenwald) mit ihren schlechteren Böden und dem rauheren Klima dominierte dagegen die Weidewirtschaft. Seit dem späten 8. Jahrhundert ist der Weinbau in Mainfranken bezeugt. Die meisten Lagen lassen sich in den Güterverzeichnissen des Klosters Fulda nachweisen.

Der Wein war neben dem Getreide auch das wichtigste Handelsgut, das schon im 12. Jahrhundert bis nach England gelangte. Neben den Handwerken, die sich an den Grundbedürfnissen orientierten, also vor allem Schmiede, Schuhmacher und Berufe der Textilherstellung, finden sich jedoch kaum Anzeichen für einen überregionalen Handel mit Gewerbezeugnissen.

Erst ab dem 12. Jahrhundert siedelten sich Juden in größerer Zahl im Maingebiet an, so in Würzburg, Aschaffenburg, Schweinfurt, Kitzingen, Rothenfels und Randersacker. Ihre Tätigkeit war rechtlich eingeschränkt auf Geld- und Pfandleihe sowie den Lokalhandel. Bereits 1147 wird von Pogromen in Würzburg und Aschaffenburg im Anschluß an den Zweiten Kreuzzug berichtet.

Herzogtum ohne Herzog?

Dem wirtschaftlichen und sozialen Wandel des Hochmittelalters entspricht der politische, der sich ebenfalls mit den Schlagworten Ausbau und Intensivierung umschreiben läßt. Zwar gelang nicht wie in Bayern, Sachsen und Schwaben die Bildung eines fränkischen Herzogtums, doch übernahm der Würzburger Bischof spätestens seit der Jahrtausendwende zunehmend Funktionen, die bis dahin dem König vorbehalten waren. Durch die Integration ehemaliger Königsklöster in das Bistum sowie durch die Vergabe von Grafschaften und Forsten übertrugen die Ottonen den Bischöfen herrschaftliche Aufgaben, die ihre Rolle als wichtigste Macht am Mittelmain stärkten.

In ähnlicher Weise setzten sich die Erzbischöfe von Mainz im Spessart und dem westlich davon gelegenen Gebiet um Aschaffenburg fest, als sie mit Aschaffenburg und dem Stift St. Peter im späten 10. Jahrhundert den großen Spessartforst erwarben. Der Sohn Kaiser Ottos des Großen, Herzog Liudolf von Schwaben († 957) hatte mit seiner Frau Ida das Stift St. Peter (seit Ende des 12. Jahrhunderts: "und Alexander") gegründet. Durch Lage und Rechtsform nahm es eine strategische Position zwischen dem schwäbischen Herzogtum Liudolfs und seiner sächsischen Heimat ein. Doch vermachten bereits seine Kinder Otto und Mathilde, die ohne Nachkommen blieben, ihren Aschaffener Besitz dem Mainzer Erzbischof, und ihr Verwandter Otto II. schloß sich dem offensichtlich durch die Übertragung des "Aschaffener Forstes" an.

Ähnliche Entwicklungen zeichnen sich für das Kloster Fulda ab. Schon früh mit weitreichenden Privilegien bedacht (direkte Unterstellung unter den Papst 751; Königsschutz 765; königliche Immunität, d.h. Freiheit von weltlichen Eingriffen, 774), wurden seine herrschaftlichen Funktionen um die Jahrtausendwende ebenfalls durch königliche Schenkungen von Forsten und Jagdrechten verstärkt.

Im Verlauf des 11. Jahrhunderts bauten die Würzburger Bischöfe ihre Machtpositionen so weit aus, daß sie in der zeitgenössischen Geschichtsschreibung des frühen 12. Jahrhunderts als "Herzöge" bezeichnet werden. In einer Urkunde von 1120 gibt ihnen König Heinrich V. die kurz zuvor entzogene Gerichtswürde in ganz "Ostfranken" zurück - Anzeichen dafür, daß sie herzogliche Funktionen in Mainfranken wahrnahmen, ohne doch wirkliche Herzöge zu sein. Erst 1168 verlieh der Stauferkaiser Friedrich Barbarossa den Bischöfen das Herzogtum Würzburg in einer Urkunde, die seit dem bedeutenden fränkischen Geschichtsschreiber Lorenz Fries († 1550) als "Güldene Freiheit" bezeichnet wird. Der Name sagt, daß nicht mehr das gesamte Ostfranken, sondern nur noch der Bereich des Bistums Geltungsraum dieses Herzogtums war. Und auch dies galt nur in dem Maße, in dem sich der jeweilige Bischof gegenüber seinen Nachbarn Mainz, Bamberg und Fulda sowie machtbewußten Vertretern des Hochadels durchsetzen konnte. Neben dem Erzbischof von Mainz, der sehr früh eine zentrale Rolle in der Reichspolitik spielte, konnte sich auch der Abt von Fulda spätestens seit 1170 als Reichsfürst etablieren.

Gefördert wurde diese Entwicklung schon durch das Wormser Konkordat (1122), das zwischen Spiritualien und

Temporalien, dem geistlichen Aufgabenbereich der Bischöfe und Äbte und ihrem Besitz- und Herrschaftsbereich, unterschied; seit dieser Zeit betrachtete man die weltliche Herrschaft der Mainzer, Würzburger und Fuldaer Oberhirten nicht mehr als Stellvertretung königlicher Rechte, sondern als eigenständiges Reichslehen. In der Stauferzeit verschwanden dann die großen "Stammeshertzogtümer" zugunsten kleinerer, herrschaftlich stärker erfaßter Einheiten, und neben Bischöfen und Äbten stiegen auch erfolgreiche Grafengeschlechter in den neu entstehenden "Reichsfürstenstand" auf. Einen gewissen Abschluß dieser Entwicklung setzten schließlich die sog. Fürstenprivilegien Kaiser Friedrichs II. von 1220 und 1231/32, durch die weitere wichtige Königsrechte offiziell an die geistlichen (und weltlichen) Fürsten abgetreten wurden.

Dieser allmähliche Verfassungswandel des Hochmittelalters bildete die Grundlage für den spätmittelalterlichen Herrschaftsausbau der geistlichen Fürsten Mainfrankens und einer Reihe aufsteigender Grafenhäuser in diesem Raum. Zu nennen sind vor allem die Grafen von Rieneck, die sich zwischen Mainz und Würzburg am östlichen Spessarttrand behaupten konnten, und die Grafen von Henneberg im Rhön-Saale-Gebiet und in Thüringen, aber auch die Grafen von Castell und die Grafen von Wertheim. Dabei konnten die geistlichen Fürsten bis ins 15. Jahrhundert ihren Vorsprung vor allen weltlichen Konkurrenten bewahren, nicht nur durch machtpolitische Erfolge, sondern insbesondere auch aufgrund ihres Standesvorrangs als Reichsfürsten.

Gesellschaftliche Gruppen im Spätmittelalter

Adel

Die Bildung von Landesherrschaften im Spätmittelalter steht in engem Zusammenhang mit dem Wandel des Gesellschaftsgefüges. Dies betrifft zunächst den Adel, der sich breit ausdifferenzierte. An der Spitze der Rangfolge standen nach den Fürsten die Grafen und edelfreien Herren, am unteren Ende die Ministerialen, ursprünglich unfreie Gefolgsleute des Königs, der Bischöfe und Äbte sowie teilweise auch von Grafen. Im Verlauf des 13. Jahrhunderts war ihnen über ihre militärischen und administrativen Funktionen der faktische Aufstieg in den Adelsstand weitgehend gelungen. Während der hohe Adel stark unter dem Druck der Fürsten stand, wurde die Rolle des niederen Adels im Fürstendienst zunehmend aufgewertet. Er wurde gebraucht, weil die Fürsten, aufbauend auf die erworbenen Rechte und mit Blick auf die Sicherung ihrer Machtpositionen, zahlreiche Burgen errichteten oder vom eingesessenen Adel übernahmen, die sie an ihre Gefolgsleute zu Lehen oder in Form von Verpfändungen ausgaben. Daneben konnten sich viele Niederadelige als Inhaber eigenständiger Besitzungen (Allode) behaupten, doch waren nicht einmal die ehemaligen Königsministerialen völlig ohne Bindungen an die fränkischen Fürsten, und nur selten gelang die Befreiung der Untertanen des Adels von der fürstlichen Gerichtsherrschaft.

Die praktische Ausübung der Herrschaft war, da rechtliche und materielle Voraussetzungen einer starken zentralen Steuerung in modernem Sinne fehlten, dem Adel vorbehalten. Dadurch gewann er ein großes Eigengewicht in der spätmittelalterlichen Verfassungspraxis und damit im Alltagsleben. Nicht der ferne Fürst, sondern zahllose, in Familienverbänden agierende und in Konkurrenzkämpfe verstrickte Adelige waren es zumeist, die den Menschen auf dem Lande mit herrschaftlichem Anspruch entgegentraten. Ein Beispiel für solche um Burgen konzentrierte Herrschaften in Adels-hand war die mächtige Homburg o.d. Wern, deren Schicksale typisch für den staatlichen Verdichtungsprozeß des Spätmittelalters sind: Im 13. und 14. Jahrhundert war sie noch im freieigenen Besitz der namengebenden Hohenberger, seit 1365 Lehen des Bischofs von Würzburg, der sie schließlich 1469 vom Geschlecht von Bickenbach kaufte und mit den zugehörigen Besitzungen seinem Hochstift einfügte, wobei als sein Stellvertreter wiederum ein adeliger Amtmann dem neugeschaffenen Amt voranstand. Ebenfalls typisch ist die Geschichte der Burg Schildeck (bei Bad Brückenau) der Fürststäbte von Fulda, die diese seit 1303 fast unentwegt ganz oder teilweise verpfändeten; erst 1657 konnte Fulda das letzte Sechzehntel der Burg wieder zurückerwerben. Dagegen behielten als relativ seltener Fall die Truchseß von Wetzhausen ihre Stammburg Wetzhausen (bei Hofheim) vom 14. Jahrhundert bis in die heutige Zeit im Familienbesitz.

Seine große Bedeutung gewann der mainfränkische Niederadel auch da-

durch, daß er es verstand, die Besetzung der Würzburger Domkapitelstellen fest in seine Hand zu bringen. Seit dem frühen 13. Jahrhundert stellte das Domkapitel Würzburg als Inhaber umfangreicher Besitzungen, als Wahlgremium des Bischofs, als Verwalter des Bistums bei Abwesenheit oder Tod des Bischofs, ja zunehmend als eine Art "Mitregent" einen bedeutenden Machtfaktor in Franken dar. Es war das Streben jeder niederadeligen Familie, eine Domherrenpfünde für einen der Ihren zu erlangen, um in den bedeutendsten fränkischen Personenverband vorzudringen und die Chance zu wahren, selbst einmal das Bischofsamt besetzen zu können.

Bürger

Zu neuer Bedeutung gelangte im Spätmittelalter das städtische Bürgertum. Voraussetzung dafür waren die zahlreichen Stadtgründungen und Stadterhebungen durch die geistlichen Fürsten, aber auch von vielen Adeligen. Sie alle versuchten, die Anlage befestigter Siedlungen an strategisch wichtigen Punkten mit der Errichtung von Handelsplätzen zu verbinden, um gleichzeitig vom sprunghaft anwachsenden Warenverkehr profitieren zu können. Zwischen der Mitte des 12. Jahrhunderts, als es neben Würzburg und vielleicht noch Aschaffenburg keine Städte im Bereich des heutigen Unterfranken gab, und ca. 1350 gründeten Fürsten und Adel etwa 35 Städte, darunter die Würzburger Bischöfe Iphofen und Karlstadt, die Mainzer Erzbischöfe Miltenberg und Obernburg, die Grafen von Rieneck Lohr und Gemünden, die Grafen von Castell Volkach und die Herren von Dürn Amorbach. Freilich war etwa die Hälfte dieser Städte mit nur wenigen hundert Einwohnern sehr klein und mehr vom Weinbau als vom Handel mit Handwerkserzeugnissen geprägt.

Am Ausgang des Mittelalters waren die bedeutendsten heute unterfränkischen Städte mit mindestens 2.000 Einwohnern die würzburgischen Orte Würzburg, Karlstadt und Neustadt a.d. Saale, das 1443-1629 an die Markgrafen von Brandenburg-Ansbach verpfändete Kitzingen, die mainzischen Orte Aschaffenburg und Miltenberg, das fuldische Hammelburg, das hennebergische Münnernstadt und die Reichsstadt Schweinfurt. Zumindest ansehnliche Kleinstädte (ca. 1.000-2.000 Einwohner) waren im Würzburgischen Dettelbach, Gerolzhofen, Haßfurt, Iphofen, Mellrichstadt, Ochsenfurt und Volkach sowie Amorbach im Mainzischen.

Die Städte bildeten einen eigenen Rechtsbereich, der sich deutlich vom umliegenden Landgebiet abhob. Selbstverwaltungsrechte und gezielte Fördermaßnahmen der Stadtherren erhöhten den Freiraum der Bürger für Initiativen im Bereich von Wirtschaft und Kultur, seien dies der Weinhandel oder die Gründung von Schulen als Voraussetzung für den Besuch der aufblühenden Universitäten.

In besonderem Maße profitierten die überwiegend am Main gelegenen Städte von der überragenden Bedeutung dieses Flusses als Teil der großen Fernhandelsstraße Nürnberg - Frankfurt. Dies beförderte nicht nur den Absatz des Weines, sondern eröffnete vielfältige Möglichkeiten der Teilhabe am Handelsgeschäft, etwa durch Zolleinnahmen, Transportdienste oder die direkte Beteiligung als Handelspartner. Bezeugt ist die Zusammenarbeit Nürnberger Kaufleute mit Vertretern der Städte Würzburg, Kitzingen, Miltenberg und Hammelburg auf den Frankfurter Messen des 14.

Jahrhunderts; hinzu kam im 15. Jahrhundert Klingenberg a. M. Die bedeutendsten Weinhandelsstädte waren dabei Würzburg und Kitzingen.

Vor allem mit dem Handel im Maingebiet hängt es zusammen, daß die meisten heute unterfränkischen Städte über die eigenen Mauern hinaus durch zahlreiche personelle Beziehungen miteinander verknüpft waren und enge Kontakte vor allem mit Nürnberg, aber auch mit anderen großen städtischen Zentren hielten; seinen Ausdruck fand dies etwa darin, daß führende Vertreter der mainfränkischen Städte Eheverträge untereinander abschlossen oder daß erfolgreiche Kaufleute aus dem Maingebiet nach Nürnberg übersiedelten. Ein wichtiger Faktor bei der Bildung derartiger Beziehungskreise war auch die Universität Erfurt, die für Franken die wichtigste Hochschule vor der Reformation darstellte.

Das Zentrum städtischer Kultur im Bereich des heutigen Unterfranken war Würzburg. Hatte es im Hochmittelalter noch herausragende Funktionen für das gesamte Reich, z.B. als häufiger Aufenthaltsort des Königs, so konnte es seit dem Spätmittelalter wenigstens seine regional führende Bedeutung erhalten. Doch während sich die königliche Siedlung Schweinfurt seit dem 13. Jahrhundert als Reichsstadt behauptete, hatten die heftigen Bemühungen Würzburgs um Unabhängigkeit vom bischöflichen Stadtherren keinen Erfolg. Mit der Niederlage in der Schlacht von Bergtheim im Jahr 1400 war das Streben nach völliger Autonomie, wie sie etwa die Bischofsstadt Augsburg erreichte, endgültig gescheitert. Dies schwächte die überregionale Bedeutung der Stadt abermals. Die wichtigste Funktion Würzburgs war in Zukunft der Ausbau zur Residenz des Fürstbischofs.

Diese Rolle nahm auch Aschaffenburg während des Spätmittelalters häufig für den Mainzer Erzbischof ein, zudem wurde seine Rolle als Verwaltungszentrum des von Mainz abgelegenen "Oberstifts" aufgewertet. Eine Besonderheit dieses Oberstifts war der sog. Neun-Städte-Bund, dessen Mitglieder seit 1346 mit dem gleichen Stadtrecht ausgestattet waren. Gemeinsam erlangten diese Städte bis zum Ausgang des Mittelalters großen Einfluß in der Regierung des Landes bis hin zum Recht der Steuerbewilligung.

Bauern

Der Unterschied von der Stadt zum Dorf war fließend: Im brandenburg-ansbachischen Prichsenstadt oder in der dem Deutschen Orden gehörenden Stadt Prozelten gingen in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts nur jeweils um die 250 Einwohner fast ausschließlich dem Acker- und Weinbau nach. Demgegenüber bot das mit Selbstverwaltungsrechten ausgestattete und mit Türmen und Mauern umwehrte würzburgische Dorf Sulzfeld am Main mit über 500 Einwohnern äußerlich viel eher den Anblick einer Stadt; vor allem der Weinbau auf etwa 200 Hektar Fläche gab diesem Ort eine starke wirtschaftliche Substanz. Freilich ist dies die Ausnahme, denn die meisten mainfränkischen Dörfer hatten kaum mehr als ein paar Dutzend Bewohner. Andererseits fanden sich vielerorts die Berufe der Müller, Schmiede, Wag-

ner, Bäcker, Schneider und Schuster, die zunehmend in Konkurrenz zum städtischen Lokalgewerbe traten.

Trotz dieser fließenden Übergänge trennte ein wesentlicher Rechtsunterschied die meisten Dorfbewohner von den Städtern: Sie waren leibeigen, und damit waren sie für Ortsveränderungen an die Zustimmung ihres Grundherren gebunden. Die vielerorts große Bedeutung der Leibeigenschaft in Mainfranken bis in die beginnende Neuzeit erklärt sich vor allem politisch aus der großen Konkurrenz von Fürsten und Adel, bei der ein möglichst intensiver Zugriff auf die Untertanen vorteilhaft war. Dagegen herrschte im wirtschaftlichen Bereich zumeist die Erbzinsleihe vor, ein unwiderrufliches Nutzungsrecht, das vererbt und auch verkauft werden konnte. Dies beförderte die gleichberechtigte Aufteilung des bäuerlichen Erbes auf alle männlichen und weiblichen Nachkommen (Realteilung), und damit eine starke Parzellierung der Dorfmarkung.

Nachdem der Landesausbau um 1300 einen Höhepunkt erreicht hatte, wurden zahlreiche Siedlungen in schlechteren Lagen aufgegeben, dies auch infolge der starken Abwanderung in die Städte. Verstärkt wurde diese Entwicklung im Einzelfall durch Konjunkturschwankungen und klimatische Veränderungen, generell durch die 1348 einsetzenden Pestepidemien, die zu einem massiven Bevölkerungsrückgang führten. Diese "Wüstungsperiode", die am stärksten die kargen Mittelgebirgsregionen der Rhön und des Spessarts betraf, endete erst in den Jahrzehnten um 1500 und machte einem neuen Bevölkerungs- und Siedlungsanstieg Platz.

In den meisten Dörfern gab es mehrere Grundherrschaften, deren Rechte und Besitzungen sich auch noch vielfach überschneiden. So waren in Großheubach, einem wichtigen Mainübergang, im 14. Jahrhundert vertreten: die Pfalzgrafen bei Rhein, die Mainzer Erzbischöfe, die Grafen von Rieneck, der Deutsche Orden, das Benediktinerkloster Amorbach, das Zisterzienserinnenkloster Himmelthal, das Aschaffener Stift St. Peter und Alexander sowie - mit den herrschaftlich wichtigsten Positionen - die Edelfreien von Bickenbach. Daneben finden sich Spuren einer ehemaligen "Königsfreiheit" und von niederadeligen Besitzrechten.

Dennoch oder gerade wegen dieser Zersplitterung von Herrschafts- und Besitzrechten behaupteten sich die Dorfgemeinden im Spätmittelalter vor allem in den Altsiedelgebieten als Rechtsgemeinschaften. Sie konnten eigenständig Fragen der Fluraufteilung und -bewirtschaftung, die Wahrnehmung gemeinsamer Belange (z.B. Anstellung von Gemeindegewerksamen) und kleinere Verstöße gegen die Rechtsordnung regeln. Aufgrund der zunehmenden Konkurrenz der Herrschaftsträger im 15. Jahrhundert wurde diese relativ starke Rolle der Dorfgemeinschaften jedoch immer mehr zurückgedrängt. Im Vordergrund standen jetzt die Amtleute, Vögte und Schultheißen als Vertreter der Dorfherrschaft. In dieser Zurückdrängung der Gemeinderechte und in der starken herrschaftlichen Inanspruchnahme der Bauern, nicht in wirtschaftlichen Krisen, liegt ein wesentlicher Grund für die sozialen Unruhen am Ausgang des Mittelalters, die schließlich im sog. Bauernkrieg von 1525 eskalierten.

Kirche und Klerus

Immer wieder wird deutlich, wie bedeutend die Rolle der Kirche im

gesamten Mittelalter war. Zahlreiche Institutionen - Diözesen, Domkapitel, Klöster, Stifte, Pfarreien etc. - traten den Menschen nicht nur als Verkünder der christlichen Heilsbotschaft gegenüber, sondern auch als Vertreter der weltlichen Gewalt und als Empfänger von Diensten und Abgaben. Alleine in der Bischofsstadt Würzburg gab es um 1500 vier Kanonikerstifte (Domkapitel, Neumünster, Haug, St. Burkard), 15 Klöster, fünf Pfarreien und ca. 143 weitere kirchliche Stiftungen. Die Würzburger Diözese umfaßte zu dieser Zeit ca. 900 Pfarreien, die in 20 Landkapitel und 12 Archidiakonate eingeteilt waren. Vor allem das Würzburger Domkapitel übte neben dem Bischof eine weitgehend selbständige Herrschaft aus, zu der unter anderem die gesamte Stadt Ochsenfurt gehörte.

Die zahlreichen Vorrechte der Kleriker, darunter vor allem die Steuerfreiheit und der eigene Gerichtsstand vor dem geistlichen Gericht auch in weltlichen Angelegenheiten, aber auch die Kommerzialisierung der kirchlichen Ämter und moralische Verfehlungen, führten im Verlauf des Spätmittelalters in der Bevölkerung zu Vorbehalten und teilweise zu offener Feindseligkeit. Hinzu kam der Einsatz geistlicher Mittel zur Durchsetzung weltlicher Angelegenheiten: Wenn ein Urteil des Würzburger

Landgerichts etwa in einem der zahllosen erb- und güterrechtlichen Streitigkeiten nicht umgesetzt werden konnte, dann ging der Fall an das geistliche Gericht, das häufig die Exkommunikation über den Betroffenen aussprach.

Dennoch war die Kirche ein selbstverständlicher, nicht wegzudenkender Teil des Alltagslebens, dem sich die Bevölkerung in zunehmender religiöser Aktivität zuwandte. Alleine in Würzburg gab es 23 Bruderschaften, in der ganzen Diözese über 300, davon 120 reine Laienbruderschaften; in Münnerstadt waren es acht, je fünf in Dettelbach, Haßfurt, Kitzingen und Königsberg. Die Wallfahrten, vor allem nach Walldürn, hatten beträchtlichen Zulauf. Eine Vermischung dieser religiösen Rahmenbedingungen mit dem sozialen Sprengstoff der Zeit zeigt die ungeheure Resonanz der Wallfahrt nach Niklashausen 1476, bei der ein junger Hirte und Spielmann predigte und den verbreiteten "Pfaffenhaß" zum Ausdruck brachte; innerhalb kürzester Zeit wurde der so eklatant gegen die Regeln verstoßende Prediger bei lebendigem Leibe verbrannt.

Auffällig ist bei dieser Vielfalt der kirchlichen Erscheinungen, daß sie ganz unterschiedlich verteilt waren. Der Masse von Institutionen in Würzburg stehen bedeutende Mittelstädte gegenüber, in denen es neben dem Pfarrer und einigen Inhabern einfacher Meßstiftungen keine Kleriker gab, vor allem Karlstadt und Hammelburg. In vielen Dörfern fand nur ein oder wenige Male im Jahr eine Meßfeier statt; die Bewohner mußten zum Sonntagsgottesdienst gewöhnlich ins Pfarrdorf laufen. Man muß also mit gravierenden Unterschieden in den Alltagserfahrungen der Menschen rechnen.

Juden

Die jüdische Bevölkerung taucht in den Quellen vor allem im Zusammenhang mit Pogromen auf: Die nach ihrem Anführer benannte "Rintfleisch"-Verfolgung 1298 nahm ihren Ausgang in Röttingen und forderte insgesamt etwa 5.000 Opfer. Weitere Verfolgungen gab es 1336 und 1348/49. Die Vorwürfe waren jedesmal gleichermaßen ähnlich und unbegründet; es ging um die kollektive Beschuldigung der Juden als "Gottesmörder", ihre Anfeindung wegen der - gesellschaftlich erzwungenen - Kreditgeschäfte, schließlich um angebliche Schändungen von Kruzifixen, Heiligenbildnissen und Hostien. Bei diesen Verfolgungen werden Judengemeinden in Würzburg, Aschaffenburg sowie bedeutenderen Klein- und Mittelstädten Mainfrankens erkennbar, so in Iphofen, Ochsenfurt, Kitzingen, Hammelburg und Miltenberg. Nach der Verfolgung von 1348/49 wurden die Juden vielfach auf das Landgebiet abgedrängt und damit wirtschaftlich auf den Lokalhandel verwiesen. Dennoch konnten sie in einigen Städten wieder Fuß fassen, aus denen sie dann im Verlauf des 16. und 17. Jahrhunderts abermals vertrieben werden sollten.

Herrschaftsbildung im Umbruch vom Mittelalter zur Neuzeit

Die führende Rolle der geistlichen Fürsten und vor allem Würzburgs in Mainfranken geriet im Spätmittelalter immer wieder durch den Adel in Bedrängnis; existentiell gefährdet wurde sie jedoch durch den Aufstieg der Hohenzollern, denen als Burggrafen von Nürnberg 1363 der Sprung in den Fürstenstand gelang. Als sie schließlich 1415/17 die Mark Brandenburg erhielten, nutzen sie dies, um die neuerliche Rangerhöhung zu einem der bedeutendsten Fürstengeschlechter im römisch-deutschen Reich gegen ihre fränkischen Nachbarn auszuspielen. Ihrem prominentesten Vertreter, Markgraf Albrecht Achilles (1440-1486 in Ansbach, ab 1464 auch in Kulmbach, ab 1470 Kurfürst von Brandenburg) gelang es nicht nur, den Adel in seinem Einflußbereich weitgehend unter seine Kontrolle zu bringen, sondern auch die geistlichen Fürsten Würzburg und Bamberg in ihren Herrschaftspositionen stark zurückzudrängen, gefördert durch kaiserliche und päpstliche Privilegien.

Eine Wende trat erst ein, als die Würzburger Bischöfe Rudolf von Scherenberg (1466-1495) und Lorenz von Bibra (1495-1519) die hergebrachten Bahnen des Konflikts verließen und von der Berufung auf Stand und Ehre und von fruchtlosen militärischen Auseinandersetzungen abgingen. Stattdessen beschritten sie nun den Weg juristisch-diplomatischer Verhandlungen und setzten ihre im allgemeinen Wirtschaftswandel gestiegenen finanziellen Möglichkeiten dazu ein, um den Kontakt zum fernen Kaiser zu verbessern, ihre Verwaltung zu intensivieren und fremde Ansprüche mit Geldzahlungen abzufinden, statt fruchtlos nur auf Rechtsstandpunkten zu beharren.

Diese Verhaltensweisen, die einhergingen mit dem Geisteswandel von Renaissance und Humanismus, setzten sich überall durch. Im Zuge der allgemeinen Veränderungen in der Reichsverfassung, die vor allem im Reichsabschied zu Worms 1495 festgelegt wurden, festigte sich nun das Gefüge der fränkischen Herrschaften und wurde in den Jahren 1500-1521 im neuen fränkischen Reichskreis formalisiert.

Mit dem Beginn der Reformation wurden diese Verhältnisse ab den 1520er Jahren nochmals grundlegend in Frage gestellt: Die Reichsstadt Nürnberg, bisher der wichtigste politische und wirtschaftliche Partner des Bistums Würzburg, ging zur neuen Lehre über und verbündete sich mit ihrem vormaligen Erbfeind, den Markgrafen von Brandenburg, die ebenfalls sehr früh kirchenorganisatorische Maßnahmen im reformatorischen Sinn ergriffen. Das Bistum Würzburg verlor seine geistlichen Rechte überall dort, wo es nicht auch im Besitz der weltlichen Macht war, und wurde - angesichts der bislang beträchtlichen Auswirkungen der geistlichen auf die weltliche Herrschaft - insgesamt erheblich zurückgeworfen. Nach den Bedrängungen des 15. Jahrhunderts geriet es nun ein Jahrhundert später noch einmal in eine exi-

stentielle Krise durch die Kriegszüge des Markgrafen Albrecht Alkibiades von Brandenburg-Ansbach 1552-54 ("Markgräflerkrieg") und des mit ihm verbündeten Ritters Wilhelm von Grumbach bis 1567.

Der Würzburger Bischof Julius Echter von Mespelbrunn, eine von Ideen, Wirkung und Amtszeit außerordentliche Persönlichkeit (1573-1617), benutzte dann auch seine wohlüberlegten gegenreformatorischen Maßnahmen dazu, um territorialpolitisch verlorenes Terrain zurückzugewinnen. Seit den Jahren um 1600 kam die Phase der Territorienbildung im Wesentlichen zum Abschluß. Das Herrschafts- und Verwaltungsgefüge, das sich in den Auseinandersetzungen des 15. und 16. Jahrhunderts herausgebildet hatte und das im Gegensatz etwa zum Herzogtum Bayern stark von der Zersplitterung und Überlagerung konkurrierender Ansprüche gekennzeichnet war, sollte prinzipiell bis zum Ende des römisch-deutschen Reiches 1802/06 Bestand haben.

Diese Entwicklung führte dazu, daß mittelalterliche Verhältnisse teilweise fortbestanden, wenn auch in neuen Formen. So erscheinen im späten 16. Jahrhundert in Hüttenheim (Lkr. Kitzingen) der Deutsche Orden, das Bistum Würzburg, die Markgrafen von Brandenburg, das Kloster Ebrach sowie verschiedene Adelsfamilien als Dorfherren, die das dörfliche Leben teils gemeinsam, teils jeder für seine eigenen Untertanen regelten. Während das Zentgericht für die schweren Kriminalfälle den Herren von Schwarzenberg zustand (über die würzburgischen Untertanen allerdings nur eingeschränkt), bestellten der Deutsche Orden und Würzburg unter wechselndem Vorsitz das Dorfgericht. Aufgrund der konfessionell gemischten Herrschaft gab es je eine katholische und eine evangelisch-lutherische Pfarrei. Während das Zentgericht für die schweren Kriminalfälle den Herren von Schwarzenberg zustand (über die würzburgischen Untertanen allerdings nur eingeschränkt), bestellten der Deutsche Orden und Würzburg unter wechselndem Vorsitz das Dorfgericht.

Konfessionelles Zeitalter

Fragt man danach, was in diesem politischen Rahmen Martin Luther und die von ihm 1517 ausgelöste Reformation für die Masse der Bevölkerung bedeutet habe, so wird man verschiedene Antworten finden. Im Bauernkrieg von 1525 spielten zwar religiös motivierte Forderungen, vor allem die nach der "Predigt des Evangeliums" eine Rolle, doch wird kein spezifisch reformatorisches Gedankengut erkennbar. Es handelte sich vor allem um eine soziale Erhebung, die sich gegen die vielfältigen herrschaftlichen und materiellen Anforderungen an die Landbewohner richtete. Sie führte zu Aktionen gegen die Symbole der Herrschaft, also Klöster und Burgen zumeist der unmittelbaren Umgebung, die vielfach belagert und zerstört wurden. Nach dem harten Strafgericht der Fürsten - allein der Würzburger Bischof ließ ca. 270 Personen hinrichten - war die Zeit sozialer Bewegungen endgültig vorbei.

Wirkliche Anzeichen einer im Volk verbreiteten Glaubensbewegung trugen nur die Täufer, die aus der Bibellektüre radikale gesellschaftliche Forderungen ableiteten; sie wurden noch in den 1530er Jahren gewaltsam unterdrückt. Ansonsten waren die Träger der reformatorischen Bewegung vor allem höhere Kleriker in der Stadt Würzburg sowie viele Priester in den Pfarreien, schließlich auch zahlreiche Angehörige des gebildeten Bürgertums. Eine freie Entscheidung für den alten oder den neuen Glauben war jedoch für den Einzelnen kaum möglich; ausschlaggebend war die Stellungnahme der Obrigkeiten: Während die weltlichen in Franken zumeist zur Reformation übergingen, blieben die geistlichen konsequent bei der alten Kirche. Der niedere Adel entschied sich überwiegend für die neue Lehre. Teils als Ursache, teils als Folge dieser Entscheidung konnte er sich nicht nur die religiöse Freiheit bewahren, sondern auch verfassungsrechtlich den Status der Reichsunmittelbarkeit, also die Unabhängigkeit von den Fürsten, sichern.

In den größeren Städten setzte sich die reformatorische Lehre bei den Angehörigen der Führungsschichten, die in ihrem Universitätsstudium vielfach vom Humanismus geprägt wurden, mehrheitlich durch. Die infolgedessen deutlich erkennbare Tendenz der städtischen Ratsgremien, die Reformation verbindlich einzuführen, war mehrfach erfolgreich, institutionell abgesichert zwar nur in Hammelburg 1541/53-1603 und in Münnersstadt 1552-1569, mit einigen Einschränkungen jedoch z.B. auch in Karlstadt und Neustadt a.d. Saale. Erfolglos blieben derartige Bemühungen trotz guter Voraussetzungen dagegen in Miltenberg, wo der Mainzer Erzbischof nicht nur die reformatorische Bewegung unterdrückte, sondern auch die relative Eigenständigkeit der Stadt schon in den 1520er Jahren stark zurückdrängte.

Der Erfolg der Reformation in den größeren Städten, in Randgebieten zu evangelischen Herrschaften, im Einflußbereich des Adels und teilweise auch in selbstbewußten Dorfschaften zeigte sich am Ende des 16. Jahrhunderts vor allem im Gebiet der Würzburger Bischöfe und der Fuldaer Äbte. In Würzburg ab 1585 und, nach einem gescheiterten Anlauf 1575/76, in Fulda ab 1603 begann nun die Phase der Gegenreformation, die begleitet war von zahlreichen Reformmaßnahmen im Sinne des Konzils von Trient. Der Großteil des heute

unterfränkischen Gebietes wurde wegen seiner Zugehörigkeit zu geistlichen Fürstentümern wieder katholisch, während die kleineren Herrschaften der Grafen und Ritter überwiegend evangelisch blieben. Mit Zwangsmaßnahmen vor die Alternative gestellt, entweder am katholischen Ritus teilzunehmen oder die Heimat zu verlassen, entschied sich jeweils etwa ein Fünftel der Bevölkerung in Hammelburg, Karlstadt, Münnersstadt, Neustadt a.d. Saale, Dettelbach und Gerolzhofen für das Exil; kleinere Auswanderergruppen kamen z.B. aus Mellrichstadt, Ochsenfurt und aus der Residenz Würzburg selbst.

Zielort dieser "Exulanten" waren z.B. nahegelegene protestantische Dörfer. Die Karlstädter Emigranten siedelten teilweise in das benachbarte wertheimische Dorf Laudenbach über und bestellten von dort aus noch längere Zeit ihre zurückgelassenen Felder und Weinberge. Darüber hinaus versuchten viele Evangelische, äußerlich angepaßt ihren Glauben heimlich zu praktizieren. 1605 vermeldet die Pfarrmatrikel des protestantischen Dorfes Wolfsmünster die Taufe eines Kindes aus dem fuldischen Gebiet, das sechs Wochen nicht getauft worden war "wegen der Tyrannei des Abts zu Fulda". Gerade die führenden Vertreter der städtischen Oberschichten, aus denen die Mehrzahl der Glaubensflüchtlinge kam, versuchten, um ihren bisherigen Lebensstil fortsetzen zu können, in nahegelegenen Städten unterzukommen. Dies waren in erster Linie das bis 1629 brandenburg-ansbachische Kitzingen sowie die freie Reichsstadt Schweinfurt, wo der Rat 1542 die Reformation offiziell eingeführt hatte. Nach dem "Stadtverderben" im Markgräflerkrieg 1554, als Schweinfurt vollkommen zerstört worden war, erwies sich der große Zustrom vermöglicher und unternehmerischer aktiver Exulanten als

grundlegend für die anhaltende wirtschaftliche Bedeutung, die die Stadt in der mainfränkischen Region einnahm.

Endgültig setzte sich die evangelische und die katholische Konfession erst spät durch, weshalb es an vielen Orten Mischformen gab. Darüber hinaus zielte sie auf ein konformes Gruppenverhalten, das an äußerlichen Merkmalen bestimmbar war (z.B. Beichte und Kommunion), weshalb die konfessionsspezifischen Lehren und Riten nur ganz allmählich im Verlauf des 17. Jahrhundert verinnerlicht wurden. Konfessionsbedingte Unterschiede im Verhalten der Menschen traten somit verstärkt erst im 18. oder gar 19. Jahrhundert auf; eine typische Erscheinung des 16. Jahrhunderts waren sie nicht. Für diese Zeit ist vielmehr gerade im Bereich der führenden Schichten trotz aller theologischer Streitereien die humanistische Bildung gemeinsame Grundlage sowie der rege Austausch von Informationen über territoriale und religiöse Grenzen hinweg. Entscheidend für die Kommunikation waren auch in dieser Zeit die naturräumlichen Gegebenheiten: Berge trennten, Flußläufe verbanden die Menschen.

Ein wesentlicher Faktor für die überwiegend katholische Einheitlichkeit des heutigen Unterfranken wurden die in der Gegenreformationszeit gegründeten oder wiederbelebten Klöster. Die bekanntesten Ordensvertreter sind dabei die Jesuiten, die in Würzburg sehr früh, seit 1567, wirkten, in Aschaffenburg dagegen erst ab 1612. Aber fast noch wichtiger wurden die vielen Klöster der Bettelorden. In der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts ließen sich Kapuziner in Würzburg, Aschaffenburg, Engelberg bei Großheubach, Kitzingen, Miltenberg, Lohr, Ochsenfurt, Karlstadt und Königs-

hofen nieder; Franziskaner finden sich an der kräftig aufblühenden Wallfahrtskirche in Dettelbach (1616), am Kreuzberg (ab 1644) und am Volkersberg (1658) sowie in Altstadt bei Hammelburg (1649).

In vielem erweist sich die Zeit der Gegenreformation als eine Epoche konzentrierter Aktivität mit positiven und negativen Extremen. Symbol der wiedererstarkten Macht der Mainzer Erzbischöfe war das prachtvolle Renaissanceschloß in Aschaffenburg, das - nach nur siebenjähriger Bauzeit 1614 fertiggestellt - zu den bedeutendsten Profanbauten seiner Zeit zählte. Bischof Julius Echter gründete neben der Universität (1582) das nach ihm benannte Juliuspital (1576) in Würzburg, das mit seinen baulichen Dimensionen, seiner breiten materiellen Fundierung und seinen umfassenden Aufgaben für Alte, Kranke, Waisen und Pilger zu den herausragenden caritativen Stiftungen in Europa zählte. Er leitete jedoch auch - nachdem seine Nachbarn bereits um 1590 entsprechend vorgegangen waren - ab 1616/17 die Phase der massenhaften Hexenverfolgungen im Würzburger Gebiet ein, die bis 1629 weit über tausend Personen das Leben kosteten.

Diese Verfolgungen sind gleichzeitig Anzeichen für die Krisenhaftigkeit der Jahre um und nach 1600. Der Wandel der europäischen Wirtschaft führte auch in Mainfranken zu erheblichen Problemen, insbesondere einer starken Inflation. Der Wegzug der oftmals vermögenden Glaubensflüchtlinge schädigte die wirtschaftlich bereits angeschlagenen Landstädte zu einer Zeit, als sie auch ihre urbanen Funktionen zunehmend an die aufsteigenden Residenzstädte abgeben mußten.

Der Konfessionenstreit auf der übergeordneten Reichsebene wirkte sich immer auch auf das zentral gelegene Durchgangsland Franken aus. Insbesondere im Dreißigjährigen Krieg litt die Bevölkerung enorm unter den Plünderungen und Einquartierungen der verschiedenen Kriegsparteien. Hungersnöte und Seuchen traten auf, viele Menschen verließen aus Angst vor den Söldnern ihre Dörfer. Als 1631 der schwedische König Gustav Adolf das Land eroberte, schlug das Pendel vielerorts wieder gegen die katholische Seite aus. Bekannt ist das Schicksal des zu Tode gemarterten Pfarrers von Altmünster, Liborius Wagner. 1633 übernahm der Parteigänger der protestantischen Schweden, Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar, die Fürstentümer Würzburg und Bamberg als "Herzogtum Franken", das er jedoch schon ein Jahr später wieder an die kaiserliche Partei und damit an die angestammten katholischen Landesherren verlor. Insgesamt brachte der Krieg enorme Bevölkerungsverluste und -verschiebungen mit sich.

Der Westfälische Frieden von 1648, maßgeblich ausgehandelt unter Beteiligung des Würzburger Fürstbischofs (ab 1642) und Mainzer Erzbischofs (1647-1673) Johann Philipp von Schönborn, war somit nur eine Station in der langsamen Konsolidierung der staatlichen, religiösen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Mainfranken.

Die Landesstaaten der Barock- und Aufklärungszeit

Zu den schwersten Hypothesen des Dreißigjährigen Krieges gehörte die Zerstörung eines großen Teils der Weinberge in Mainfranken, deren Wiederaufbau schon wegen der fehlenden Arbeitskräfte nur sehr langsam vorwärts ging. In dieser Zeit wurden viele Weinberge in schlechteren Lagen völlig aufgegeben, in fruchtbaren Tallagen dem Ackerbau geopfert. Im Unterschied zu den protestantischen Gebieten Frankens, die rund 100.000 Glaubensflüchtlinge aus Österreich aufnahmen und damit die Bevölkerungsverluste relativ schnell ausgleichen konnten, fehlte ein solcher Zuzug im überwiegend katholischen Unterfranken. Hier liegt ein weiterer Grund für die Auseinanderentwicklung der geistlichen und der weltlichen Territorien. Insgesamt stiegen die Bevölkerungszahlen in den Gebieten unter geistlicher Herrschaft bis 1730 um etwa 50%, um sich dann bis 1800 noch einmal zu verdoppeln.

In besonderem Maße geprägt wurde die Entwicklung im Würzburger und im Mainzer Bereich durch Angehörige der Familie Schönborn: Johann Philipp war 1642-1673 Bischof von Würzburg und 1647-1673 gleichzeitig Erzbischof von Mainz; Lothar Franz regierte im Mainzer Erzbistum 1695-1729; Johann Philipp Franz wirkte als Würzburger Fürstbischof 1719-1724; ihm folgte 1729-1746 sein Bruder Friedrich Karl. Ein Neffe der beiden letzteren, Johann Friedrich Franz Karl v. Ostein, war Mainzer Erzbischof 1743-1763, ein weiterer, Adam Friedrich v. Seinsheim, Würzburger Fürstbischof 1755-1779. Mehrere dieser Kirchenfürsten hatten zudem noch weitere Bistümer inne. Besonders häufig waren Personalunionen mit Bamberg. Dadurch wurden die gesamtfränkischen Aspekte ebenso verstärkt wie durch das politische und wirtschaftliche Zusammenwirken der im Fränkischen Reichskreis vereinten Gebiete.

Vor allem die Regierung Johann Philipps v. Schönborn bis 1673 ist für das unterfränkische Gebiet prägend geworden, da er zur Beseitigung der Differenzen um weltliche und geistliche Zu-

ständigkeiten eine umfassende Grenzregulierung zwischen Mainzer und Würzburger Gebiet vornahm und die innere Befriedung nach dem Dreißigjährigen Krieg vorantrieb. Eine ähnliche Bereinigung der Rechtsverhältnisse zwischen dem Bistum Würzburg und der Abtei Fulda, das seit der Gegenreformationszeit keine Eingriffe der zuständigen Würzburger Bischöfe in seine kirchlichen Angelegenheiten mehr duldete, kam nach langen Verhandlungen erst 1752 zu einem unwiderruflichen Ende: In diesem Jahr wurde Fulda zum Fürstbistum erhoben und damit der kirchenrechtliche Status den faktischen Verhältnissen angeglichen.

Das sichtbarste Erbe der Schönbornbischöfe in Würzburg sind die von ihnen initiierten prachtvollen Barock- und Rokokobauwerke, mit deren Errichtung sie u.a. den Baumeister Balthasar Neumann beauftragten. Zu nennen sind vor allem die Residenz, die Schönbornkapelle im Dom und das Käppele unterhalb der Festung Marienberg. Auf den Würzburger Bischof Johann Philipp von Greiffenclau (1699-1719) geht der Veitshöchheimer Schloßpark zurück; 1753 wurde das dortige Schloß dann zur Sommerresidenz ausgebaut. Im Mainzer Bereich ist vor allem die Abteikirche in Amorbach zu nennen, im Fuldaer das spätbarocke Schloß in Hammelburg, das als Nebenresidenz der Fürstäbte diente. In deutlichem Gegensatz zur katholischen Barock- und Rokokopracht stehen die zahlreichen einfacheren "Kanzelkirchen" des evangelischen Franken, z.B. in Marktsteft, aber auch die teilweise strengeren Formen der Profanbauten.

Sowohl die Schönborns als auch die meisten anderen Regenten des späten 17. und des 18. Jahrhunderts förderten im Sinne der Zeit "absolutistische" Bestrebungen einer modernen Staatsverwaltung und staatlich gelenkten Wirtschaft. Die Anlage von Kunststraßen, besonders im Spessart, aber auch in der Rhön, sollte ebenso die Verkehrsverbindungen verbessern wie der Ausbau der Mainflößerei. Der Förderung der Landwirtschaft dienten eine ausgeprägte Getreideschutzpolitik, die Kultivierung von Ödflächen und die Verminderung des Wildbestandes. Ganz im Sinne dieser neuen Form der Staatsaktivität waren auch die nunmehr zentral gelenkte Armenfürsorge, die Gründung von Witwen- und Waisenkassen, die Errichtung einer Hebammenschule in Würzburg sowie der ersten allgemeinen Krankenhäuser. Industrielle Unternehmungen blieben freilich die Ausnahme; nur die Glashütten im Spessart gelangten hier zu einiger Bedeutung. Neben die bisher führenden Handelsplätze Würzburg und Kitzingen trat Marktbreit, seit 1643 im Besitz der Grafen (1671 Fürsten) von Schwarzenberg, die diesen Ort vor allem mit Hilfe zahlreicher Juden zum konkurrenzfähigen Marktort ausbauten.

Im politischen Bereich dominierte der Machtkampf der Bischöfe mit ihren Domkapiteln, die ihre Mitregierung nur teilweise durchsetzen konnten. Die Mitwirkungsrechte der dem Territorium weitgehend entwachsenen Adeligen und der wirtschaftlich abgestiegenen Städte waren ebenso wie die weiterer Bevölkerungskreise nur noch minimal. Effektiver gestaltet wurde die Staatsverwaltung vor allem durch den Ausbau der zentralen Finanzbehörden, der Hofkammer und der vom Domkapitel kontrollierten Obereinnahme, in deren Kompetenz die Steuereinnahme fiel. Regelmäßige Landesvisitationen zur Kontrolle der weltlichen und der geistlichen Verwaltung auf den unteren Ebenen und eine intensiviertere Berichterstattungspflicht der Beamten sollten lokaler Willkür vorbeugen und die einheitliche Durchführung der Regierungsmaßnahmen garantieren.

Ganz anders verlief die Entwicklung parallel dazu in den Besitzungen des Adels, der "Fränkischen Ritterschaft", die trotz zahlreicher Dienst- und Lehensbeziehungen zu den fränkischen Fürsten ihre Reichsunmittelbarkeit dazu benutzte, um ihre Untertanen auf den Rittergütern eigenständig zu regieren. Da es sich dabei nicht um geschlossene Herrschaften handelte, sondern infolge der extremen Zersplitterung von Rechten und Besitzungen sehr häufig um Gemengelagen mit den Fürsten, waren diesen dort in ihren "absolutistischen" Zielen enge Grenzen gesetzt; verstärkend trat hier der konfessionelle Gegensatz zu den überwiegend protestantischen Untertanen des Adels hinzu. Organisiert waren die Adeligen wiederum im Fränkischen Ritterkreis, der aus sechs Kantonen bestand; für Mainfranken waren dabei die Kantone Baunach, Rhön-Werra und Steigerwald am wichtigsten. Hauptfunktionen dieser reichsritterschaftlichen Organisation waren die Steuererhebung sowie der Schutz ihrer Mitglieder vor den Übergriffen der Fürsten.

Trotz aller modernen Ansätze konnten die geistlichen Fürsten nicht einmal im eigenen Hoheitsbereich einheitliche Verhältnisse herstellen, denn das Domkapitel, die Würzburger Stifte und weitere kirchliche Institutionen, schließlich auch die Universität sowie das Julius- und das Würzburger Bürgerspital bildeten selbständige Verwaltungsbezirke aus. Im Fürstbistum Würzburg, das am Ende des Alten Reiches an die 5.000 km² mit rund 250.000 Einwoh-

nen umfaßte, waren auf diese Weise zwei Städte, 60 Dörfer und 15 Abteien dem unmittelbaren Zugriff des Landesherrn entzogen.

Die materiellen Belastungen der so verschiedenartig regierten Landbevölkerung waren vielfältig: Neben der jährlichen "Zins und Gült" mußten zahlreiche andere traditionelle Abgaben entrichtet werden, etwa das "Faßnachtshuhn" als Zeichen der grundherrschaftlichen Bindungen. Bei Besitzwechseln war der Handlohn fällig (ca. 5-10% des Gesamtwertes), bei Wegzug die Nachsteuer (bis zu 10%). Der Grundherr verlangte Frondienste, vor allem in der Erntezeit; der Gerichtsherr forderte das Rauchpfund; hinzu kamen zahlreiche Zehntabgaben, die längst nicht mehr kirchlich gebunden waren. Getrennt davon waren die Steuerzahlungen an die Herrschaft, die der Bevölkerung nach Erfordernis auferlegt und zumeist nach dem Vermögen berechnet wurden.

Trotz der Abgabenvielfalt stellte sich die Situation eines Großteils der Bevölkerung vor allem im 18. Jahrhundert so günstig dar, daß das geflügelte Wort aufkam: "Unterm Krummstab läßt sich gut leben". Dazu trugen nicht nur die vielen Feiertage bei, sondern auch die sozialen und wirtschaftlichen Staatsmaßnahmen sowie die vielfältigen Bemühungen um eine verbesserte Bildung, die in erster Linie von den Orden getragen wurden. Beispielhaft war die Reform des Volksschulwesens mit der Gründung eines Lehrerseminars in Würzburg 1770 und der Einführung der allgemeinen Schulpflicht.

Gerade das Wirken der Orden bildete die Vorbedingung für die Festigung einer geistlichen Kultur, die stark mönchisch-klerikal ausgerichtet war und die Bevölkerung in zuvor nie gekanntem Maße erreichte. Auf dieser Basis entstand ein gleichgerichteter, die Habsburgermonarchie, Bayern und die geistlichen Fürstentümer umfassender Kulturraum, der die Außenbeziehungen der mainfränkischen geistlichen Territorien im 17. und 18. Jahrhundert nachhaltig bestimmte und neue regionale Identitäten schuf, die nicht mehr naturräumlich, sondern von den staatlichen und konfessionellen Grenzen bestimmt waren.

Diese Form der geistlichen Kultur war aber auch die Voraussetzung für die angestrebte Breitenwirkung einer spezifisch katholischen Aufklärung, die schon bald nach der Jahrhundertmitte im Mainzer bzw. Aschaffener Gebiet und dann vor allem unter den Fürstbischöfen Franz Ludwig von Erthal (1779-1795) in Würzburg und Heinrich von Bibra (1759-1788) in Fulda zur Geltung kam: Der christliche Glaube wurde zunehmend als Moralkatalog verstanden, den das Volk rational gereinigt annehmen sollte. Um sog. Auswüchse im "Volksglauben" zu beseitigen, wurden die Zahl der Feiertage reduziert, das Wallfahrtswesen stärker reglementiert und der Versuch einer Liturgiereform unternommen. Diese Bemühungen der Rationalisierung waren bei der Landbevölkerung wenig erfolgreich. Dagegen entwickelte sich die Universität Würzburg nach der Aufhebung des Jesuitenordens 1773 zu einem der führenden geistigen Zentren der katholischen Aufklärung; namhafte Vertreter waren z.B. Franz Oberthür, Michael Ignaz Schmidt und Franz Berg.

Säkularisation und Eingliederung in das Königreich Bayern

Als 1802 die Mediatisierung zahlreicher geistlicher Fürstentümer und kleinerer Herrschaften einsetzte, mit denen Napoleon seine Verbündeten für ihre linksrheinischen Gebietsabtretungen an Frankreich entschädigte, gehörte Franken zur Verfügungsmasse. Zuerst wurde das Würzburger Gebiet an Bayern abgetreten, von diesem dann in einem großen Ländertausch an die Habsburger weitergegeben und für Ferdinand von Toskana zum Großherzogtum (1806-1814) erhoben; in bayerischer Hand blieben bereits jetzt die Reichsstadt Schweinfurt und die Reichsdörfer Sennfeld und Gochsheim (mit Unterbrechung 1810-1814) sowie ein Teil der ritterschaftlichen Besitzungen im Einflußbereich Würzburgs (der Rest folgte 1805/06). 1806 erwarb Bayern das hohenzollerische, seit 1791/92 preußische Fürstentum Ansbach, das mit Orten wie Mainbernheim und Marktstef in das heute unterfränkische Gebiet ragte; außerdem erhielt es eine Reihe kleinerer reichsständischer Herrschaften, darunter Schwarzenberg und Castell. 1814 kam das Aschaffener Gebiet hinzu, das ab 1803 selbständiges Fürstentum und ab 1810 Teil des Großherzogtums Frankfurt gewesen war. 1814 fiel schließlich auch das Würzburger Gebiet zum zweiten Mal an Bayern, wie Aschaffenburg als Tauschobjekt gegen Tirol und Vorarlberg. Das Fuldaer Gebiet um Brückenau und Hammelburg gelangte nach der Herrschaft Wilhelms von Oranien (1802-1806), französischer Administration (1806-1810), dem Zwischenspiel des Großherzogtums Frankfurt (1810-1813) und alliierter Verwaltung (1813-1816) erst 1816 an Bayern. Dieser "Länderschacher" war begleitet von zahlreichen Grenzvereinbarungen und kleineren "Tauschgeschäften", die sich bis 1819 hinzogen; in den Jahren 1860-1864 gab es weitere Vereinbarungen. Nur zeitweilig bei Bayern waren die Gebiete um Orb und Gersfeld, die 1866 an Preußen fielen. Dafür sollte das sächsische Königsberg erst mit der Eingliederung des Freistaates Coburg 1920 an Bayern fallen und in den damaligen Landkreis Hofheim integriert werden, 1945 folgte die ehemals sächsische, dann thüringische Enklave Ostheim v.d. Rhön.

Die Begleiterscheinungen der vielfachen territorialen Veränderungen und ihre langfristigen Folgen waren äußerst gravierend. Dies betrifft zunächst die Herrschaftssäkularisation: Die bisher zumeist geistlichen Herrschern unterstehende mainfränkische Bevölkerung kam unter die Regierung des weltlichen Kurfürsten (ab 1806 Königs) von Bayern; an die Stelle der kleinräumigen Regierungsverhältnisse trat die neue Lage am Rand des bayerischen Flächenstaates. Unmittelbar noch folgenreicher wurde die Vermögenssäkularisation der aufgelösten geistlichen Territorien und ihrer zahlreichen Klöster. Dem bayerischen Staat brachte sie nicht nur zahlreiche Grundherrschaften, Wälder und staatliche Betriebe ein, auch zahlreiche Kunstgegenstände, Handschriften, Bücher und Archivalien wurden nach München verbracht. Ein besonders bitteres Symbol war es, als die bayerische Regierung die fränkische Herzogsfahne zerstückeln und ihren Juwelenschmuck öffentlich versteigern ließ. Ein Reizthema bis in die neueste Zeit blieb das fränkische Herzogsschwert, das der Würzburger Bischof Johann von Grumbach (1455-1466) zur Demonstration seiner

politischen Vorrangstellung hatte anfertigen lassen; es gelangte 1952 erstmals wieder zu einer Ausstellung nach Würzburg zurück und wird bis heute in der Schatzkammer der Münchner Residenz verwahrt.

Aber nicht nur politisch und kulturell wurde Unterfranken zur Provinz. Vor allem im wirtschaftlichen Bereich hatte die bayerische Besitzergreifung und Verwaltung unmittelbar verheerende Folgen: Die Handelsbeziehungen, in erster Linie die Ausfuhr fränkischen Weins nach Norden, waren nun durch Zollgrenzen sowie das Importverbot für Salz (das bisher aus Hessen eingeführt worden war) massiv eingeschränkt; gleichzeitig sorgte die Beibehaltung der alten Zollgrenzen zwischen Aschaffenburg und Würzburg sowie zu den anderen bayerischen Regionen bis 1817 für eine weitgehende Isolation. Noch länger verzögerte sich die Einführung der bayerischen Einheitsmaße von 1811. Sie war 1834 bei der Gründung des Deutschen Zollvereins noch nicht umgesetzt. Durch die nunmehrige Randlage des ehemaligen Durchgangsgebietes Mainfranken, durch die bis zur Jahrhundertmitte unterbliebene einheitliche Durchführung des bayerischen Steuersystems und durch die Konzentration der staatlichen Wirtschaftsförderung auf München, Augsburg und Nürnberg wurden die Entwicklungschancen des heutigen Unterfranken somit maßgeblich beeinträchtigt.

Aufgewogen wurden diese Nachteile in mancher Hinsicht durch die neuen politischen Partizipationsmöglichkeiten aufgrund der Verfassung von 1818 (mit eingeschränktem Wahlrecht) und durch die ideelle Integration gerade des unterfränkischen Gebietes durch König Ludwig I. (1825-1848). Noch als Kronprinz residierte Ludwig abwechselnd in Aschaffenburg und Würzburg. Bis 1847 war er 24 mal in Bad Brückenau zur Kur. Mit repräsentativen Bauwerken wie dem Pompejanum in Aschaffenburg, dem Echter-Denkmal in Würzburg und dem Arkadenbau in Bad Kissingen drückte er seine Verbundenheit mit der Region aus. Die zunehmende Sorge Ludwigs vor liberalen Strömungen führte jedoch ab 1830 wieder zu stärkerer Distanz. Die mit dem Liberalismus verbundenen Regungen des fränkischen Selbständigkeitsgedankens wurden massiv unterdrückt; der Würzburger Bürgermeister Behr wurde in diesem Zusammenhang 1833-1848 eingesperrt. Die Pflege regionaler Eigenständigkeit durfte sich nur auf kulturelle Werte beziehen. Dazu dienten die Förderung regionaler historischer Vereine sowie die Änderung der eher bürokratischen Bezeichnung "Untermainkreis" (1817) in "Kreis Unterfranken und Aschaffenburg" (1838). Nach dem NS-Intermezzo "Mainfranken" (1938-1946) heißt der Bezirk seit 1946 nur noch "Unterfranken".

Mühevoller Strukturwandel

Beim Eintritt ins Königreich Bayern ging die unterfränkische Bevölkerung ganz überwiegend der Landwirtschaft und vor allem dem Weinbau nach, wobei aufgrund der Realteilung Betriebe mit nur wenigen Hektar Grund dominierten. Da der Weinabsatz aufgrund der Handelssituation, aber auch eines veränderten Zeitgeschmacks, stark zurückging, wurden zahlreiche Weinberge aufgegeben; insgesamt schrumpfte die Anbaufläche von etwa 14.000 Hektar im Jahre 1839 auf etwa 6.000 Hektar im Jahre 1905. Auch der Getreideanbau ging zugunsten des seit etwa 1770 stärker betriebenen Kartoffelanbaus zurück, da nur dieser in den landwirtschaftlichen Klein- und Kleinstbetrieben das Existenzminimum einer Familie sichern konnte, er aber dafür den bisherigen Getreideexport belastete. Ertragssteigerungen gelangen erst allmählich aufgrund der Verbesserung der traditionellen Dreifelderwirtschaft (die grundsätzlich im 19. Jahrhundert nicht aufgegeben wurde) und aufgrund neuer Techniken (z.B. tieferes Pflügen, Be- und Entwässerung von Wiesen). Ein wesentlicher Grund für diese verzögerte Entwicklung war der Kapitalmangel. Obwohl zahlreiche Sparkassen entstanden und sich z.B. der Würzburger Kaufmann Joel Jacob von Hirsch an der Gründung der Hypotheken- und Wechselbank 1835 beteiligte, waren diese Einrichtungen zunächst kaum wirksam.

Gewerbliche Unternehmungen gab es in nennenswertem Umfang nur in Gebieten mit schlechten Voraussetzungen für die Landwirtschaft; Beispiele sind vor allem der Flachsanzbau und die Weberei in der Rhön, die Flechtwaren im Steigerwald, die Glasmanufakturen sowie die Hammer- und Mühlenwerke im Spessart. Hinzu kam die zu diesem Zeitpunkt bereits rückläufige Mainschiffahrt, die aufgrund der ungünstigen Handelsentwicklung weiter zurückging und ab der Jahrhundertmitte kaum noch von Bedeutung war.

Die vornehmlich agrarische Wirtschaftsstruktur war abhängig von den Beeinträchtigungen der Kriegszeit und von Witterungseinflüssen. Insofern waren die Mißernten 1816/17 verheerend für die Bevölkerung. Dies führte, weil Hilfsmaßnahmen ausblieben, zu ersten Auswanderungen; nirgends im rechtsrheinischen Bayern war diese Tendenz so stark wie in Unterfranken. Die Auswanderungen - zunächst auch in das benachbarte deutsche "Ausland", dann aber ganz überwiegend nach Nordamerika - sorgten mit dafür, daß die Bevölkerungszahlen Unterfrankens im 19. Jahrhundert nur langsam anstiegen, zeitweise sogar stagnierten. Stellten die rund 500.000 Einwohner des Jahres 1818 noch 13,5% der bayerischen Gesamtbevölkerung dar, so waren es 1900 mit rund 650.000 Einwohnern nur noch 10,5%. Neben medizinischen und hygienischen Gründen, die maßgeblich zur hohen Kindersterblichkeit im 19. Jahrhundert beitrugen, war ein weiterer Faktor für die langsame Bevölkerungsentwicklung das restriktive Verhelichungs- und Niederlassungsrecht, das für die Ausübung eines Gewerbes und für die Heirat den Nachweis eines gesicherten "Nahrungsstandes" forderte. Da der wirtschaftliche Aufschwung ausblieb, waren zahlreiche Personen von diesen Vorschriften betroffen. Dies trug auch zum starken Anstieg der unehelichen Geburten bei.

Die persönliche Freiheit der Menschen war nicht nur durch die wirt-

schaftliche Not und die stark reglementierenden Staatsmaßnahmen eingeschränkt, sie war bei etwa einem Viertel der unterfränkischen Bevölkerung zusätzlich beeinträchtigt durch den Umstand, daß bis 1848 die Patrimonialgerichtsbarkeit der adeligen Grundbesitzer weiterhin in Kraft blieb und deren Untertanen eine wesentlich erhöhte Abgaben- und Steuerlast tragen mußten.

Erst nach 1850 setzte langsam ein grundlegender, zunächst vornehmlich wirtschaftlich bestimmter Wandel ein. Er wird markiert durch die Bauernbefreiung 1848, die Durchsetzung der Freizügigkeit und Gewerbefreiheit 1862/68, vor allem aber durch die industrielle Entwicklung: Nachdem als herausragende drucktechnische Innovation bereits 1817 die weltweit erste Schnellpressenfabrik (Koenig & Bauer) im säkularisierten Kloster Oberzell bei Würzburg gegründet worden war, fand nun nach der Jahrhundertmitte der große Aufschwung der unterfränkischen Metallindustrie statt, der sich vor allem auf die Stadt Schweinfurt konzentrierte. Am Ende des Jahrhunderts folgte der Durchbruch der Textilindustrie im Aschaffener Raum. Sie erreichte in dieser Branche eine Führungsposition im süddeutschen Raum bis in die jüngste Zeit, wurde schließlich aber auch vom allgemeinen Niedergang der deutschen Textilindustrie ergriffen.

Deutlich ist die Beschränkung dieses Aufschwungs auf Würzburg, Schweinfurt und Aschaffenburg, die vom Ausbau des Eisenbahnnetzes schon ab den 1850er Jahren profitierten. Weite Teile Unterfrankens wurden dagegen erst nach 1880 langsam durch die Bahn erschlossen, und dann in teilweise schlechter Qualität. Auffällig ist etwa die unzureichende Anbindung Miltenbergs an das bayerische Gebiet; die einst blühende Handelsstadt, in der sich auch noch im 19. Jahrhundert unternehmerische Qualitäten zeigten, die aber wirtschaftspolitisch vom bayerischen Staat weitgehend vernachlässigt wurde, erreichte erst 1912 über das badische Wertheim den Eisenbahnanschluß an Würzburg.

Die wirtschaftlichen Veränderungen des 19. Jahrhunderts mit dem Bedeutungsverlust von Landwirtschaft und Weinbau und der Schwerpunktverlagerung auf Gewerbe und Industrie, die im Zusammenhang des Königreichs Bayern insgesamt von anderen Standortfaktoren geprägt waren als im Franken des Alten Reichs, all dies führte auch dazu, daß einige der bis dahin wichtigeren Orte ins Hintertreffen gerieten. Die alte Königspfalz Karlstadt oder das einst so glänzende Münnertal etwa blieben unter den neuen Voraussetzungen ohne Entwicklungsperspektiven.

Dagegen begann nun der Aufstieg der Staatsbäder Brückenau und Kissingen zu Weltruhm. In letzterem wurden schon im 16. Jahrhundert die Heilquellen genutzt, und im 18. Jahrhundert war ein schwungvoller Badebetrieb angelaufen. Brückenau hatte seit der Fassung der ersten Heilquelle 1747 als Eigenbetrieb der Fuldaer Fürstbische zu einem der führenden deutschen Bäder gehört; auch im 19. Jahrhundert zog es prominente Gäste im Gefolge König Ludwigs I. an. Doch überflügelte Kissingen nun aufgrund seiner stärkeren Ausrichtung auf die Krankenbehandlung den nahegelegenen Konkurrenten und erreichte bereits 1842 die Rekordzahl von 4.414 Kurbesuchern; 1994 waren es schließlich 1,78 Millionen Übernachtungen. Als "Weltbad" konnte die Stadt ab den 1860er Jahren zahllose gekrönte Häupter und

Berühmtheiten empfangen. Durch diese positive Entwicklung des Kurbetriebes stieg Bad Kissingen zu einer der größeren Städte Unterfrankens auf: Die Einwohnerzahl wuchs von 1.608 (1840) über 4.757 (1900) auf 21.867 im Jahr 1996; damit stellt die seit 1883 offiziell als "Bad" bezeichnete Stadt den einwohnerstärksten Ort Unterfrankens nach den drei kreisfreien Städten Aschaffenburg (66.152), Schweinfurt (55.747) und Würzburg (126.970) dar.

Für das 19. Jahrhundert war dies eine Ausnahmeentwicklung. In den meisten unterfränkischen Gegenden blieb die wirtschaftliche Lage angespannt, vor allem weil die Verkehrserschließung trotz einiger Eisenbahnprojekte bis weit ins 20. Jahrhundert unzureichend blieb und die Wirtschaftspolitik die strukturellen Probleme auch nach der Eingliederung ins Deutsche Reich 1871 nicht lösen konnte. Besonders gravierende Auswirkungen hatte die Krise der Landwirtschaft in den 1890er Jahren, die zu einer erneuten Auswanderungswelle führte.

Insgesamt war die stetig fortschreitende Industrialisierung immer wieder von gravierenden Rückschlägen im einzelnen betroffen. So brachte die Krise in der Fahrradindustrie um die Jahrhundertwende einen Rückgang der Arbeiterschaft in der Schweinfurter Kugellagerindustrie von 1.249 auf 128; nach einer Reihe von Jahren begann dann erneut der kontinuierliche Anstieg der Beschäftigtenzahlen. Erst nach dem Zweiten Weltkrieg kam der endgültige Durchbruch der Industrialisierung. Er betraf neben der Schweinfurter Region vor allem das Untermaingebiet; die höchsten Zuwachsraten im produzierenden Gewerbe sind im ehemaligen Landkreis Obernburg zu verzeichnen, während im östlichen Unterfranken die Bedeutung der Landwirtschaft viel langsamer zurückging. Viele überregional bedeutende Unternehmen entdeckten den Regierungsbezirk als günstigen Standort und als Arbeitskräftereservoir und ließen sich hier nieder. Es entstand aber auch ein breites Spektrum kleinerer und mittlerer Betriebe. Für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung nicht zu unterschätzen sind schließlich die Truppenübungsplätze der Bundeswehr und die Einrichtungen der US-amerikanischen Streitkräfte, die bis zum Ende des Kalten Krieges in Unterfranken einen Schwerpunkt ihrer Liegenschaften hatten. Durch den gewaltigen Umbruch der 50er Jahre halbierte sich der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten, glich sich damit an den gesamt-bayerischen Durchschnitt an und ging in der Folgezeit wie dieser weiter zurück. 1995 waren schließlich nur noch gut 4% der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft tätig, dagegen 40% im produzierenden Gewerbe, 36% in privaten Dienstleistungen und 19% beim Staat sowie privaten Haushalten und Organisationen. Einen wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung wie am kräftigen Bevölkerungswachstum der Nachkriegszeit hatte der Flüchtlingsstrom nach 1945, durch den die Einwohnerzahl von 840.663 im Jahr 1939 auf 1.038.136 im Jahr 1950 stieg; 1996 betrug sie gut 1,3 Millionen und lag damit nicht viel höher als die der Landeshauptstadt München.

Nicht mit hohen Beschäftigungszahlen, wohl aber als prägendes Element der Landschaft und als zunehmend wichtiger Faktor für den Fremdenverkehr konnte sich seit den 50er Jahren auch der Weinbau wieder stabilisieren; 1996 wurden auf einer Gesamtfläche von 5.757 Hektar 95% des bayerischen Weins angebaut. Durch die Konzentration auf Bocksbeutel-Qualitätsweine und

die Vermarktung durch große Winzergenossenschaften können die unterfränkischen Winzer einen festen Platz am Markt behaupten.

Auf eine Linderung der sozialen Notlage im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert zielte z.B. die Gründung des Arbeiterbildungsvereins 1848 in Würzburg, aus dem später die SPD hervorging. Überwiegend kam sie jedoch aus kirchlich gebundenen Kreisen. Zu nennen sind aus dem evangelischen Bereich z.B. der "Evangelische Gesellenverein" (später "Arbeiterverein"), der 1854 in Würzburg gegründet wurde, oder die Arbeiterkolonie Simonshof, die 1887 nach dem Vorbild der Bodelschwingschen Anstalten entstand. Der konfessionellen Prägung Unterfrankens entsprechend waren die Initiativen aus dem katholischen Umfeld von weitaus größerer Bedeutung: Für die umherziehenden Gesellen, zunehmend aber auch als örtliche Bildungseinrichtung, entstanden die katholischen Gesellenvereine, die ab der Jahrhundertmitte in zahlreichen Gemeinden Fuß faßten. Im Einklang mit der sich ausbildenden neuen katholischen Soziallehre, wie sie vom Mainzer Bischof Ketteler (1811-1877) und in der Enzyklika 'Rerum novarum' 1891 formuliert wurde, wirkten viele Geistliche bahnbrechend bei der Gründung von zahlreichen sozialen Einrichtungen sowie von Vereinen und Genossenschaften. Herausragende Beispiele sind der langjährige Landtagsabgeordnete Dr. Friedrich Frank, der 1873-1894 in Wiesen (Spessart) u.a. eine Schule, ein Mädchenheim und Lehrlingswerkstätten gründete sowie Anbau und Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse verbesserte, oder Johannes Martin, der in Hammelburg in den Jahren 1903-1906 einen Darlehenskassenverein, einen Obstbauverein, eine Winzergenossenschaft, eine Lagerhausgenossenschaft und eine Allgemeine Distriktsgewerbeinnung der Handwerker initiierte. Während die Impulse zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage vornehmlich von Vereinen organisiert wurden, waren die eigentlichen Träger der sozialcaritativen Maßnahmen die Orden der katholischen Kirche. Den Anforderungen und den Geistesströmungen der Zeit entsprechend sind hier weniger die alten Orden zu nennen, deren Klöster mit der Säkularisation zumeist auf Dauer untergegangen waren. Wichtiger wurden bewußt caritative Gründungen, in Unterfranken vor allem die "Töchter vom allerheiligsten Erlöser" mit dem Mutterhaus in Würzburg und die "Dienerinnen der heiligen Kindheit Jesu", die von Oberzell aus geleitet wurden. Beispielsweise stellten sie überwiegend das Personal der seit Mitte des 19. Jahrhunderts aufkommenden Kinderbewahranstalten, deren Zahl bis zur Jahrhundertwende schon auf ca. 100 gestiegen war und die sich bis 1930 nochmals verdreifachte. Seit dieser Zeit ging die Bedeutung der kirchlichen Sozialeinrichtungen kontinuierlich zugunsten staatlicher zurück; dennoch stellt die katholische Kirche heute einen der größten Arbeitgeber in Unterfranken dar.

Unterfranken als Teil Bayerns und Deutschlands

Die Randlage Unterfrankens in Bayern lockerte sich erstmals wieder durch die Gründung des Deutschen Zollvereins 1834. 1871 wurde der Bezirk ein Teil des neugegründeten Deutschen Reiches. Dieses gewann mit der Begründung der zentralistischen Weimarer Republik und dann vornehmlich in der Zeit des Nationalsozialismus größere Bedeutung für die regionale Entwicklung, bis sich dann in der Nachkriegszeit die Gewichte wieder zugunsten der bayerischen Staatsregierung verschoben. Im Gefolge der Industrialisierung wuchs Unterfranken insbesondere mit dem Aschaffener Gebiet aufgrund der wirtschaftlichen Bindungen an den Frankfurter Raum teilweise aus dem bayerischen Staatsgebiet heraus. Dennoch ist im Ganzen eine stabile Integration des Bezirks erfolgt. Dazu trugen maßgeblich die politischen Strukturen bei. Zunächst hatte sich Franken im Vormärz und in der Revolutionszeit 1848/49 als ein Hort der liberalen Bewegung erwiesen. Doch in Bezug auf Wahlergebnisse war das Jahr 1848 eine Ausnahmeerscheinung; seit dieser Zeit konnten sich in allen Wahlen die der Kirche nahestehenden Parteien als stärkste politische Kraft durchsetzen, und zwar grundsätzlich noch ausgeprägter als auf der Landesebene.

Als 1919 nach der Abschaffung der Monarchie die ersten allgemeinen Wahlen (einschließlich Frauenwahlrecht) stattfanden, konnte die Nachfolgeorganisation des Zentrums, die neugegründete Bayerische Volkspartei, in Gesamtbayern nur 35% erringen; in Unterfranken waren es dagegen 50%. Bei der letzten halbwegs freien Reichstagswahl der Weimarer Republik am 5. März 1933 blieb der BVP-Anteil relativ stabil mit 43,6% (NSDAP/DNVP 36,6%). In der Nachkriegszeit konnte die CSU an diesen Trend anknüpfen und bei den Bundestagswahlen meist um 60%, bei den Landtagswahlen einige Prozentpunkte weniger erreichen. Dem allgemeinen Trend standen freilich die Dominanz der SPD in den größeren Städten sowie liberale Traditionen insbesondere im Landkreis Hofheim gegenüber.

Der politischen Prägung und dem geringen Eigengewicht Unterfrankens entsprechend kamen die Nationalsozialisten hier nicht durch demokratische Legitimation an die Macht, sondern durch die Anwendung äußerer Drucks; in Würzburg etwa mußte die intakt gebliebene Kommunalverwaltung nur aufgrund der allgemeinen Situation in Bayern und im Reich aufgeben. Unterfranken wurde mehr noch als zuvor "Provinz" und Objekt der allgemeinen Entwicklung. Freilich fanden sich zahlreiche Kräfte, die ganz im Sinne des nationalsozialistischen Regimes an der "Gleichschaltung" arbeiteten. Bekannt ist vor allem der Gauleiter und Regierungspräsident Otto Hellmuth. Bad Kissingen wurde ein Zentrum der unterfränkischen NSDAP und der DNVP, die hier bereits im Juli 1932 ca. 54% der Wählerstimmen hinter sich bringen konnten. Die jüdische Bevölkerung blieb hier ebensowenig wie im übrigen Deutschland von Verfolgungen verschont. Sie war erst infolge der Ansiedlungsfreiheit von 1861 in großer Zahl in die Städte gezogen; 1871 erfolgte die rechtliche Gleichstellung. Schon in der Weimarer Zeit antisemitischen Ausschreitungen ausgesetzt, wurden auch die unterfränkischen Juden ab 1933 boykottiert und verfolgt bis hin zum Novemberpogrom von 1938, bei dem viele von ihnen ermordet und an die 30.000 Männer in Konzentrationslager verschleppt wurden.

Andererseits gab es außerordentlich viele Anzeichen einer Ablehnung der nationalsozialistischen Ideologie und ihrer Folgerungen durch eine breite

Bevölkerungsmehrheit. Die vom Würzburger Bischof Matthias Ehrenfried initiierte und bewußt als antiideologische Maßnahme durchgeführte Elternabstimmung zur Frage der Einführung der Gemeinschaftsschule 1938 erbrachte in 677 Gemeinden eine deutliche Mehrheit der Erziehungsberechtigten für die Bekenntnisschule. Beim Versuch der Aufhebung des 1914 wiederbegründeten Benediktinerklosters Münsterschwarzach kam es 1942 zu einem Massenprotest der Bevölkerung. Zur Verteidigung der eigenen Positionen wurde das Vorgehen gezielt über die kirchliche Hierarchie (Ordinariat, Dekanate, Pfarreien) und über die im Untergrund zu Tausenden organisierten katholischen Jugendlichen koordiniert; ein kleiner Kreis um Oskar Neisinger verteilte Flugblätter gegen das Regime. Wenn diese Maßnahmen generell auf die Selbstbehauptung der Gemeinden zielten und im Rahmen örtlicher Konflikte blieben, dann weist dies abermals auf die untergeordnete Bedeutung der unterfränkischen Region im politischen Gefüge des Landes hin.

Für die Entstehung eines Zugehörigkeitsgefühls zu Bayern nicht unwesentlich war die Ämterbesetzung in der Münchner Zentrale; alleine 43% der zivilen Staatsminister und Ministerverweser des Königreichs Bayern stammten aus Franken. Aus der Nachkriegszeit sind vor allem zu nennen Hanns Seidel aus Schweinheim, Ministerpräsident 1957-1960, sowie Alfons Goppel, der in Aschaffenburg in der Stadtverwaltung (1946-1954) und als Landtagsabgeordneter (1954-1958) wirkte, bevor er 1960-1978 als Ministerpräsident amtierte. 1946 hatte der Leiter der Staatskanzlei, Staatssekretär Hans Kraus aus Unterammerbach, maßgeblichen Anteil an der Errichtung einer eigenen Industrie- und Handelskammer in Aschaffenburg, mit der die Integration des wirtschaftlich stark nach Hessen tendierenden Gebiets befördert werden sollte. Auf anderer Ebene, aber nicht minder bedeutungsvoll, steht die lange Amtszeit der Münchner Erzbischöfe Lothar Anselm v. Gebattel (1821-1846, zuvor Würzburger Domdekan), Franz Josef v. Stein aus Amorbach (1898-1909, zuvor ab 1878 in Würzburg), Michael Faulhaber aus Heidenfeld bei Schweinfurt (1917-1952) und Julius Döpfner aus Hausen bei Bad Kissingen (1961-1976, zuvor 1948-1957 in Würzburg).

Nach 1945 konnte die CSU am politischen Trend der Weimarer Zeit anknüpfen und bei ...

Die konfessionellen und politischen Strukturen erwiesen sich auch deshalb als wesentliche Integrations- und Kontinuitätsfaktoren angesichts des umgreifenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels im Gefolge der Industriellen Revolution, weil sie viel mehr mit den altbayerischen Verhältnissen in Einklang standen als in Ober- und Mittelfranken. Dort gibt es einen starken evangelischen Bevölkerungsanteil und befinden sich die meisten sozialdemokratischen "Hochburgen" in Bayern. Auch dies mag dazu beigetragen haben, daß Ansätze für gesamtfränkische Initiativen bisher zumeist gescheitert sind.

Insbesondere im 20. Jahrhundert sind staatliche Maßnahmen in zahlreichen Lebensbereichen zu verzeichnen, seien dies Programme für die strukturschwachen Rhöngebiete (Zonenrandförderung), der Ausbau der Würzburger Universität, die Gründung der Fachhochschulen Würzburg-Schweinfurt (1971) und Aschaffenburg (1994) oder auch die Unterstützung beim Wiederauf-

bau der im Krieg zerstörten Stadt Würzburg nach 1945.

Der Integration und Betonung unterfränkischer Belange steht allerdings unübersehbar der Bedeutungsrückgang nicht nur der ehemaligen Residenzen Würzburg und Aschaffenburg sowie der Reichsstadt Schweinfurt gegenüber, sondern auch der Verlust der kleinräumigen Beziehungen. Die Randlage Unterfrankens in Königreich und Freistaat Bayern wurde verstärkt durch die massive Zentralisierung seit den Tagen des bayerischen Ministers Montgelas, die sich auch im 20. Jahrhundert durch den Abbau von Verwaltungsfunktionen vor allem der Stadt Würzburg zugunsten Münchens und teilweise Nürnbergs fortsetzte. Die Aufwertung des seit 1954 demokratisch gewählten Bezirkstages bezog sich nur auf die Bereiche des Naturschutzes, der Heimatpflege und der regionalen Sozialfürsorge. Dieser Verlust an Zentralität in Unterfranken zeigt sich nirgends deutlicher als im Bereich von Kunst und Kultur, in dem die unterfränkischen Städte mit der aufblühenden Hauptstadt München nicht mehr konkurrieren konnten; nur die Würzburger Universität bildet hier eine gewisse Ausnahme. Eine nochmalige Verstärkung dieser Tendenz, die vor allem die kleineren lokalen Zentren traf, brachte die Gebietsreform 1972/78, bei der zahlreiche Gemeinden zusammengelegt und anstatt der bis dahin 22 Landkreise nur noch neun "Großlandkreise" gebildet wurde. Unübersehbar ist freilich auch der Bedeutungszuwachs für die größeren Städte. Insgesamt sind die Folgen dieser Verwaltungsreform ebenso noch zu erforschen wie die Auswirkungen der neuerdings angelaufenen Behördendenzentralisierung in Bayern.

Unübersehbar waren nach der verheerenden Katastrophe des Zweiten Weltkrieges, der die weitgehende Zerstörung der Städte Würzburg, Schweinfurt und z.B. des Eisenbahnknotenpunktes Gemünden gebracht hatte, die energische Bemühungen um den Wiederaufbau und das Streben nach überregionaler Bedeutung. Doch alle Bemühungen um die Verlegung zentraler Institutionen (etwa des Bundesarbeitsgerichtes nach Würzburg) scheiterten; nur selten, etwa mit der Synode der westdeutschen Bistümer 1972-75 zur Umsetzung des Zweiten Vatikanischen Konzils, rückte die Stadt in den Blickpunkt einer breiten Öffentlichkeit. Zwar wurde Würzburg für Straße und Schiene zu einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt, doch es blieb entfernt von den großen Ballungsräumen. Mit der Wiedervereinigung eröffneten sich z.B. durch den Ausbau der Autobahnen A 70 und A 71 wieder neue Chancen zur Ausnutzung der zentralen Lage in Deutschland.

Wenn die Bewohner ...

Weiterführende Literatur

(Für die Zeit bis 1800 werden nur Handbücher und übergreifende Sammelwerke angegeben, für das 19./20. Jahrhundert auch Werke zu Einzelaspekten, da hier eine neuere zusammenfassende Darstellung fehlt)

Handbuch der bayerische Geschichte, III/1: Geschichte Frankens bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts, begr. von Max Spindler, neu hg. von Andreas Kraus, München ³1997; IV/1-2: Das Neue Bayern: 1800-1970, hg. von Max Spindler, 2 Bde, München 1974/75 (Ndr. 1979)

Unterfränkische Geschichte, hg. von Peter Kolb/Ernst-Günter Krenig, I-III, Würzburg 1989-1995.

Handbuch der bayerischen Kirchengeschichte, hg. von Walter Brandmüller, II-III, St. Ottilien 1991/93

Bayerischer Geschichtsatlas, hg. von Max Spindler, Redaktion: Gertrud Diepolder, München 1969.

Historischer Atlas von Bayern, Teil Franken, hg. von der Kommission für bayerische Landesgeschichte,

Reihe I:

9: Karlstadt (E. Riedenauer, 1963), 10: Marktheidenfeld (W. Störmer, 1962), 11: Gemünden (K. Richter, 1963), 12: Aschaffenburg (G. Christ, 1963), 13: Hofheim (H. Kößler, 1964), 15: Ebern (I. Maierhöfer, 1964), 16: Kitzingen (H. Weber, 1967), 17: Obernburg (R. Wohner, 1968), 18: Alzenau (J. Fächer, 1968), 23: Brückenau \bar{S} Hammelburg (G. Wich, 1973), 25: Miltenberg (W. Störmer, 1979), 27: Neustadt a. d. Saale (H. Wagner, 1982), 29: Mellrichstadt (H. Wagner, 1992)

Reihe II:

1: Mittel- und Oberfranken am Ende des Alten Reiches (H. H. Hofmann, 1954), 1a: Unterfranken und Aschaffenburg mit den Hennebergischen und Hohenlohischen Landen am Ende des Alten Reiches (H. H. Hofmann, 1956), 2: Franken seit dem Ende des Alten Reiches (H. H. Hofmann, 1956) 3: Prosper Graf zu Castell-Castell – Hanns Hubert Hofmann, Die Grafschaft Castell am Ende des Alten Reiches (P. Gf. zu Castell/H. H. Hofmann, 1955)

Alfred Wendehorst, Das Bistum Würzburg I-III (Germania Sacra NF 3, 4, 13), Würzburg 1962-1978.

Otto Meyer, *Varia Franconiae Historica*. Aufsätze - Studien - Vorträge zur Geschichte Frankens, hg. von Dieter Weber und Gerd Zimmermann, I-III (Mainfränkische Studien 24) Würzburg 1981/86

Handbuch der Historischen Stätten, 7: Bayern, hg. von Karl Bosl, Stuttgart ³1981

Hanns Hubert Hofmann/Hermann Hemmerich, Unterfranken. Geschichte seiner Verwaltungsstrukturen seit dem Ende des Alten Reiches 1814 bis 1980, Würzburg 1981

Rudolf Endres, Franken in Bayern im 19. und 20. Jahrhundert (Erlanger Geographische Arbeiten 45), Erlangen 1985

Unterfranken im 19. Jahrhundert (Mainfränkische Heimatkunde 13), Würzburg 1965.

Unterfranken 175 Jahre bayerisch. Ein Begleitheft zur Ausstellung, bearb. von Gisela Krug und Herbert Bald, Würzburg 1989

Dieter Schäfer, Der Weg der unterfränkischen Industrie, Würzburg 1970

Harm-Hinrich Brandt, "Ein tüchtiges Organ des Handels- und Fabrikantenstandes". Die Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt in 150 Jahren ...

Veröffentlichungen des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung